

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu bezahlen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Lübecker vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mark.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengehaltene Zeitung oder deren Raum 80 Pf., Verlautbarungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pf., ausserordentliche Anzeigen 80 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, grössere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Donnerstag, den 4. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Industrielle Unruhen in den Vereinigten Staaten.

Bon Emil Italiener.

Der Verfasser war seit einer Reihe von Jahren im Dienste der deutsch-amerikanischen Presse in den Vereinigten Staaten tätig gewesen und ist soeben nach Deutschland zurückgekehrt. Bei der Bedeutung, die die Verhältnisse in Amerika auch für uns besitzen, werden seine Ausführungen von besonderem Interesse sein. Die Schriftleitung.

Amerika befindet sich am Vorabend der bittersten industriellen Streitigkeiten seiner Geschichte. Das kommende Jahr dürfte, wenn nicht wirksame und radikale Schritte unternommen werden, ein besseres Verständnis zwischen Arbeit und Kapital herzustellen und eine befriedigende Grundlage für geordneten industriellen Fortschritt zu schaffen. Streiks und Massendemonstrationen der Arbeiterschaft bringen, mit denen verglichen alle bisherigen Streiks ein Kinderspiel sein werden.

Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes hat bereits eine große Anzahl großerer und kleinerer Streiks stattgefunden. Die bedeutendsten unter diesen sind der große Generalstreik in Seattle, der Hochburg des amerikanischen Bolschismus; der Textilarbeiterstreik in Lawrence; der Automobilarbeiterstreik in Toledo; der Pittsburgher Stahlarbeiterstreik; der Eisenbahns- und Verkehrsstreik in den pazifischen und einigen östlichen Staaten; der Aufsehen erregende Polizeistreik in Boston und die Streiks der Bergarbeiter und der New Yorker Hafenarbeiter. Dennoch sind diese Streiks, verglichen mit den Arbeiterruhen in Deutschland, England, Kanada, Australien und Argentinien, so verhältnismässig unbedeutend, doch man in den Vereinigten Staaten noch immer geneigt ist, die industrielle Situation ohne viel Beunruhigung zu betrachten, in der trügerischen Annahme, dass, nachdem der erste Teil der Übergangsperiode ohne ernsthafte industrielle Störungen überstanden worden ist, die Vereinigten Staaten schliesslich doch in eine Ära industriellen Friedens eintreten werden.

Diesjenigen, welche diesen optimistischen Standpunkt einnehmen, täuschen sich. Die amerikanische Arbeiterschaft hatte seit dem Waffenstillstande eine abwartende Haltung eingenommen: einmal, weil der Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung, Herr Gompers, sich in Regierungsangelegenheiten in Europa befand; aber auch, weil sie, in der ursprünglichen Erwartung, dass der Krieg bedeutend länger dauern würde, kein definitives Programm aufgestellt hatte. Außerdem wartete sie auf die Demobilisierung der Truppen und auf den Übergang in den Fabriken von Kriegs- auf Friedensproduktion.

Die Periode des Wartens ist nun vorüber. Die amerikanische Armee ist seit dem 1. Oktober demobilisiert. Die Fabriken produzieren wieder mit voller Kraft Friedensware. Die Arbeiterschaft selbst hat auf ihrem Kongress im Juli in Atlantic City ihr neues und endgültiges Programm festgelegt. Radikal und groß, wie die darin aufgestellten Forderungen sind, liegt es nunmehr in der Hand des amerikanischen Großkapitals und seiner politischen Vertreter, ob Bolshevismus und Spartakismus festen Fuß in den Vereinigten Staaten fassen werden oder ob es zu einer schliesslichen Verständigung zwischen Kapital und Arbeit kommen wird.

Diesen aber, welche die amerikanische industrielle Situation ohne Beunruhigung betrachten, übersiehn sowohl die Psychologie der Arbeiter als auch gewiss zwingende Tatsachen.

Man hatte den Arbeitern der alliierten Welt gesagt, sie kämpften einen Krieg für die Demokratie, und dass aus den Ruinen des Krieges eine neue und schönere Welt erscheinen werde. In Wirklichkeit aber ist Amerika heute das undemokratischste Land der Welt, und so fragen die Arbeiter sich: „Wo ist die Demokratie, für die wir gekämpft haben? Und wann werden wir jene neue Welt mit ihren höheren Rücksichten für den kleinen Mann betreten?“ Und da sie nicht nur keinen Wechsel zum Besseren sehen, sondern sich heute in Verhältnissen befinden, die vielfach schlechtere als vor dem Kriege sind, so fühlen sich die Massen des Volkes um ihre Illusionen betrogen — und wenn ein Volk seine Illusionen verliert, so ist Gefahr im Uitzug.

Dazu kommt noch, dass die Preise fast aller Waren und die Mieten derartig gestiegen sind, dass sie in keinem Verhältnis zu den seit dem Kriege erhöhten Löhnen stehen, sodass sie heute weniger Kaufkraft darstellen als die geringeren Gehälter vor dem Kriege. In Ziffern ausgedrückt, sind die Löhne um etwa 50—75 Proz. die Preise von Lebensmitteln, Kleidern, Miete usw. um ungefähr 100 Proz. gestiegen.

Wenn nun die dauernden Preiserhöhungen während des Krieges gewissermaßen durch Beständigkeit der Beschäftigung, die häufigen Gelegenheiten, Nebzeit zu arbeiten oder durch „Stilarbeit“ gut zu verdienen, ausgeglichen wurden, so ist jene Periode nunmehr vorüber, und die Hoffnung, dass eine schnelle oder allmähliche Reduzierung der Preise den jetzigen Verhältnissen ein Ende machen möge, dürfte sich ebenfalls als trügerisch erweisen. Ich beziehe mich hier besonders auf eine Rede des Herren Otto H. Kahn, einer Finanzautorität ersten Ranges, in der er fürstlich sagte, dass die hohen Preise für eine lange Reihe von Jahren

bleiben würden, während Herr Barnes, der jetzige Nahrungsmittelverwalter, hinzufügte, dass es zwecklos sei, auf billigeres Brot zu hoffen.

Es sind aber nicht nur die Lebensunterhaltskosten, welche dem Arbeiter und kleinen Angestellten Verlust machen. Dieser Zustand würde schliesslich mit einem gewissen Maße von Geduld ertragen werden, wenn das Volk glauben könnte, dass niemand übermäßig von dem Verlauf von Lebensmitteln usw. profitiere und dass die durch die hohen Preise bedingte Bürde gleichmässig getragen würde. In Wirklichkeit hat es aber nur zu deutlich die unehörte Wucherungstatik amerikanischer Korporationen während des Krieges gesehen und es weiß gleichzeitig, dass dieses Wuchern mit ungeschwächter Macht weitergeht.

Ein Studium des Reingewinns von 82 repräsentativen amerikanischen Korporationen während der Jahre 1911 bis 1918 zeigt unter anderem, dass diese 82 Korporationen, welche zusammengekommen in der Periode vor dem Kriege ein durchschnittliches Einkommen von 324 000 000 Dollars jährlich hatten, im Jahre 1916 einen Reingewinn von mehr als 1 000 000 000 Dollars, 1917 von 975 000 000 und 1918 von 936 000 000 Dollars zu verzeichnen hatten. Diese Ziffern verstehen sich nach Abzug sämtlicher Staats- und Regierungszinsen sowie aller möglichen Unterkosten, die zu Recht oder Unrecht, ausgeführt wurden, um staatlicher Kontrolle die genauen Ziffern ihrer Wochenprosäte zu verheimlichen. Mit anderen Worten — die Korporationen verdienten im Jahre 1916 drei und in den Jahren 1917 und 1918 mehr als zwei Dollar für jeden Doller in der Vorriegsperiode. Der Amerikaner nennt diese Art Wucher „profiteering with a vengeance“, und die Unzufriedenheit der Massen dürfte denn auch diesem Umstand gewissenloser Ausbeutung zu einem nicht zu unterschätzenden Teile zuzuschreiben sein.

Dennach machen viele frugitative Arbeitgeber bereits den gewagten Versuch, die Löhne herabzusetzen. Diese Versuche äußern sich entweder auf direkte Art oder durch Schließen der Fabriken auf kurze Zeit, um die durch die Riesen- und Überproduktion während des Krieges verursachten Schäden auszubessern und dann neue Arbeitskräfte, zu herabgesetzten Löhnen, anzustellen. Der Bund der Fabrikanten (National Association of Manufacturers) stellte in seiner Versammlung im August sogar ein großes Programm elsigmeiner Herabsetzung der Arbeitssätze auf, scheinbar unbewusst oder einfach ignorierend, dass keine Mitglieder durch Ausführung eines solchen Programms mit Vorsicht ziehen.

Der amerikanische Arbeiter, organisiert oder unorganisiert, wird aber irgendwelche Versuche, die Löhne herabzudrücken, bitter bekämpfen, wenn nicht die Preise ein bedeutend niedrigeres Niveau erreichen. Wie anderswo, so bedeutet auch in Amerika die Arbeiterschaft eine nicht zu unterschätzende Macht, und der intelligenteste Arbeitersführer weiß, dass eine Arbeiternot auf lange Zeit vor der Türe steht, und dass dieselbe in Amerika am grössten sein wird. Er weiß, dass über sieben Millionen Männer durch den Krieg getötet und eine gleich grosse Anzahl entfähiert worden sind. Er weiß, dass seit August 1914 so gut wie keine Einwanderung nach den Vereinigten Staaten stattgefunden hat, und dass auch die nächsten Jahre wahrscheinlich wenig Einwanderer bringen werden. Und er weiß, dass Auswanderer die Vereinigten Staaten in sehr ungeheuren Mengen verlassen, dass sogar die Gesellschaft amerikanischer Bankiers (American Bankers Association) durch Beschlüsse, welche die weiteste Veröffentlichung erfuhrten, die nationale Auswanderung auf diese Tatsache gerichtet hat.

Die amerikanische Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren riesig an Stärke zugenommen. Mindestens zwei Millionen Männer sind den Reihen der organisierten Arbeiter hinzugekommen. Die Organisation der Eisenbahnarbeiter und Angestellten beträgt allein über eine Million, und die mit der amerikanischen Arbeiterliga (American Federation of Labor) verbündeten Unionen haben der Liga ebenfalls eine Million neuer Mitglieder hinzugefügt. Die amerikanische Arbeiterschaft stellt daher auch Forderungen, welche den Leitern der amerikanischen Industrie zu denken geben, und nur am guten Willen beider Parteien liegt es, ob eine dauernde Verständigung möglich ist oder ob Amerika am Vorabend einer Revolution steht, deren Umfang, Dauer und internationale Wirkungen alle bisherigen Revolutionen in den Schatten stellen dürften.

Deutsche Nationalversammlung.

Die große Steuerreform.

12. Sitzung.

Berlin, 9. November, mittags 1 Uhr.

Am Regierungssitz: Erzberger.
Präsident Rathenbach eröffnete die Sitzung um 1.20 Uhr.
Eingegangen sind Delegierten des Präsidenten der österreichischen Nationalversammlung und des Verbandes der Reichsdeutschen für die Hilfsaktion der Nationalversammlung angestellte Delegierte.

Erste Beratung des Entwurfes eines Landessteuergegesches. Reichsfinanzminister Erzberger: Der Staat von 1919 wird uns eine Entlastung in den Gesamtausgaben bringen von 21½ Milliarden Mark. Über auch er ist in wesentlichen Punkten noch immer ein Kriegsstaat. Das tritt am deutlichsten hervor aus der grossen Summe von außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 41 Milliarden Mark. Diese große Summe kommt vor allem daher, dass allein infolge der Ablösung des Krieges, der Demobilisierung, der Abwidmungskräfte des alten Heeres und der alten Marine, sowie infolge der 17 Milliarden, die für die Erfüllung des Friedensvertrages notwendig wurden und der 3½ Milliarden für Verhinderung der Lebensmittel im ganzen und 37 Milliarden Mark außerordentliche Ausgaben erforderlich sind. Dazu kommen dann einmalige Ausgaben von rund 2 Milliarden, die in der Hauptrichtungsteuerung zusätzliche darstellen. Diese Bevölkerungsreform gilt für eine der wichtigsten Staatsausgaben. Der Staat hat das größte Interesse an einem nicht verzögerten Beamtstand, der wirtschaftlich gerecht kommen kann. Weniger beispielnde Köpfe und mehr ausführende Kräfte, weniger schwieriger Instanzenausgaben eine der Hauptforderungen der Zukunft bilden. Die fortlaufenden Ausgaben für 1919 sind mit 13½ Milliarden Mark eingestellt. In Weimar haben wir an laufenden Steuern, die in die Reichskasse fließen werden, über 1000 Millionen Mark bewilligt. Wichtiger aber sind die beiden einmaligen Steuern, die außerordentliche Kriegsausgabe für 1919 und die Besteuerung des während des Krieges eingetretene Vermögenszuwachs, beide zusammen sollen je 12 Milliarden Mark erbringen. Wir müssen natürlich als möglichst aus dem Schuldenmaiden herauskommen, deswegen bitte ich Sie, die gegenwärtigen Steuergesetze so bald als möglich zur Verabsiedlung zu bringen.

Der Bedarf des Reiches ist für die nächsten Jahre in der Denkschrift vom Sommer mit 17½ Milliarden angelegt. Zur Deduktion kommen in erster Linie die direkten Steuern in Betracht, die jetzt bei uns bis zur wirtschaftlich zulässigen Höchstgrenze ausgeschöpft werden müssen. Wir haben in Weimar an einmaliger Vermögenssteuer 12 Milliarden bewilligt, die in der Hauptrichtungsteuerung einzuprägen ist. Hinzu kommt jetzt das Vermögenssteuer, das 45 Milliarden Mark ergeben dürfte. Mit den in Weimar bewilligten einmaligen Steuern bedeutet für die nächsten 20 Jahre der jährliche Beitrag aus der Vermögensbesteuerung die Summe von 3,6 Milliarden Mark. Noch wichtiger für die Aufstellung des Steuerbedarfs ist jedoch die Einkommensbesteuerung. Im Beharrungszustand hofft man aus der Einkommensteuer zusätzlich der Besteuerung der Körperschaften auf Reich, Länder und Gemeinden zusammen einen Betrag von 8 Milliarden Mark zu erzielen. Dazu sollen dann noch 2,4 Milliarden Mark treten als Ergebnis der Ertragsteuer, wodurch die Kapitalertragsteuer allein 1,4 Milliarden Mark erbringen soll. Da es gilt, eine Gesamtausgabe von mindestens 24 bis 25 Milliarden Mark an Steuern aufzurichten, muss hart zugegriffen werden. Aus der bereits beschlossenen Gewerbesteuer sollen 730 Millionen Mark jährlich gewonnen werden, von denen rund 10 Millionen auf Kleinststaaten und Gemeinden entfallen. Es ist als ein gewisser Mangels empfunden worden, dass diejenigen, welche ihr Einkommen ganz oder zum grössten Teil verbrauchen, von der Besitzsteuer nicht so getroffen werden wie jene, welche ihr Vermögen durch Sammelbeiträge vermehren. Dafür soll nicht bloß der tatsächliche Vermögenszuwachs sondern auch der mögliche Vermögenszuwachs noch mit besteuert werden, indem man in die Steuer hinein eine Besteuerung des übermöglichen Aufwandes einbaut. Nach dieser Zusammenstellung würden sich demnach aus den direkten Steuern insgesamt herauslösen lassen rund 15 Milliarden Mark, wovon 9½ Milliarden auf das Reich und 5½ Milliarden auf die Länder und Gemeinden entfallen. Bei der indirekten Besteuerung soll sich im Beharrungszustand die Steuerverteilung etwa folgendermaßen gestalten: Möglicht wäre es, das Zollwesen so auszubauen, dass ein Beitrag von 1 bis 1½ Milliarden Mark im Daueraufstand daraus erzielt kann. Aus der Umsatzsteuer, deren Kern der indirekten Besteuerung, sollen insgesamt 4 Milliarden Mark herausgeholt werden, wovon 3,4 Milliarden auf das Reich und 600 Millionen Mark auf die Gemeinden entfallen sollen. Bei der zweiten großen Gruppe der indirekten Steuern, bei den Verbrauchssteuern im engeren Sinne des Wortes, würde sich folgende Abstufung ergeben: Notwendige Bedarfsartikel sind beispielsweise beziehungsweise belastet werden mit 50 Millionen Mark, davon Salz mit 56 Millionen Mark, Süßwaren mit 50 Millionen Mark, Mineralwasser mit 30 Millionen Mark. Die Zigarettensteuer soll verdoppelt werden, so dass sie 360 Millionen Mark bringt. Aus Bedarfsartikeln wird sich vielleicht ein Betrag von 200 bis 300 Millionen Mark erzielen lassen. Von der dritten Gruppe innerhalb der Verbraucherbesteuerung, den Bedarfsartikeln, hauptsächlich industrieller Verbrauch, entwidmet sich die Kohlesteuer gut. Diese Steuer bringt 2 Milliarden Mark im Jahre. Bei diesen Naturgewinnen liegen grosse Reserven für die geleiste Wiedergutmachung. Eine Erhöhung der Steuern dürfte ihnen auch vorzugsweise werden. In der Besteuerung der entbehrlichen Gemüsemittel ist das Braunkohlenmonopol schon ausgebaut, die Weinsteuer bringt guten Ertrag, die Schaumweinsteuer ist ebenfalls während des Krieges erhöht worden, die Tabaksteuer ist bereits erledigt durch die Reform, die Biersteuer muss wie die Branntwein- und Pfeffersteuer entsprechend umgestaltet werden. Bei etwas weiterer Ausgestaltung können 2½ Milliarden Mark aus diesen Steuern gewonnen werden. Unter Heranziehung des Ertrages der Branntweinsteuer ergibt sich für die Verkehrsteuer ein Ertrag von rund 1000 Millionen Mark, wovon 900 Millionen auf das Reich und 100 Millionen auf die Länder und Gemeinden entfallen. Die Erträge der indirekten Steuern und Zölle mit etwa 11 Milliarden Mark werden nur eintreten, wenn unser Wirtschaftsleben sich wieder besser entfaltet.

Mit diesen kurzen Überblick ist auch schon die qualitative Seite der Reform kurz berührt. Von der gesamten Steuerlast fallen ungefähr 60 Proz. auf rein direkte Steuern und nur 40 Prozent Zölle und indirekte Steuern. 75 Proz. des gesamten steuerlichen Bedarfs müssen durch direkte Steuern oder solche indirekten Steuern aufgebracht werden. Diese Verteilung der Steuerlast kann sich sofort wohl sehen lassen. Was ich vom ersten Tage meiner Amtsübernahme an mit einer Energie angestrebt habe, ist die rechte, gerechte und Steuerordnung. Heute ist die rechte, gerechte und Steuerordnung, werden in Zukunft das deutsche Volk zu einer besseren Zukunft zusammenführen. So verkenne nicht

dass es für Länder und Gemeinden ein großes Opfer bedeutet, auf sich mit der Bemerkung, dass die Lösung der Fragen, um die es sich handelt, Sache der Belgier sei. Die sehr eingehenden Klagen über den Terrorismus, der von den Belgern in den Kreisen Eupen und Malmedy verübt wird, übergeben sie mit Stille weiter, obwohl sie einst verübt haben, die Abstimmung in den Kreisen werden frei und unbedingt zu statthaben gehen. Nur bei einem Punkte verzweigt die Antwortnote, die Männer hätten im Juli erklärt, die Abstimmung werde unter der Leitung des Völkerbundes stattfinden. In der deutschen Note vom 3. Oktober war sie hierzu erinnert worden. Jetzt erklären sie, dass der Völkerbund erst nach der Abstimmung, deren Durchführung ganz und gar den Belgern überlassen werden soll, in Aktion treten werde.

Das vorgelegte Programm soll und kann eine Bindung noch nicht enthalten, da einzelne Steuervorlagen erst in ersten Stadien des Vertrags besprochen sind. Die Auflösung des gesamten Steuerproblems hat vielmehr den Zweck, die großen Reichsteine der allgemeinen Marxisierung abzustellen, die ich einzufügeln gedenke, und die Grundidee hierzu ist, von welchen ich mich dabei leiten lasse. Es sind schwere fast ungängere Lagen, welche von unserem Volke in der Zukunft getragen werden müssen. Wer noch vollkommen besangen ist in dem Gedankengange des Individualismus, wie er vor dem Kriege geherrscht, dem wird diese Reform nicht zusagen. Das private Eigentum findet seine Begründung, aber auch seine Begrenzung durch das soziale Interesse; das Interesse des gesamten Volkstörpers geht dem Interesse des Einzelnen vor. Das ist auch der tiefe Sinn der ganzen gegenwärtigen Sozialisierungströmung. Das muss auch der Leitgedanke bei der Steuerreform sein. In der Zukunft wird die Freiheit die herrschende Rolle spielen, die allein uns herauftauchen kann aus dem Elend der Gegenwart. Die Steuerreform soll aus den Trümmern des Krieges ein neues Deutschland aufrichten, einen Sozialstaat der Zukunft.

Dr. Becker-Hessen (D.P.): Den mündlichen Darlegungen des Ministers können wir nicht folgen, um jetzt in die Debatte einzutreten. Ich bitte, die Sitzung morgen und übermorgen ausfallen zu lassen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Meine Rede wird den Herren sofort zugehen.

Präsident Schrenk-Notzing vor, morgen um 1 Uhr die Beratung fortzusetzen.

Schulz-Bromberg (D.P.) nimmt dem Abgeordneten Seeler zu, auch wegen der Beurteilungen des Ministers Hirsch im Reichstag über die Steuervorlagen sowie der Steuerabnahme der einzelnen Finanzminister.

Eckebachmann (CDU) schlägt vor, die Beratung am Freitag fortzusetzen.

R. Bauer (DDP.) und Trimborn (Z.) stimmen dem zu.

Mögliche Sitzung: Freitag, 1 Uhr. Fortsetzung.

Schluss 31, Uhr.

Ein Ultimatum in Sicht.

Noch einer Berliner Drahtung des „S. & C.“ ist die Reichsregierung darauf gesetzt, in den nächsten Tagen ein Ultimatum der Entente zu empfangen, in dem die Frist zur Unterzeichnung des Friedens vorgeschrieben wird. Der Oberste Rat habe die Absicht zu erkennen gegeben. Deutschland rätselhaft zur Unterzeichnung des Protokolls zu pringen:

Generalstreit in ganz Italien.

Die „Revolverenza“ meldet, dass der Arbeitervorstand und die sozialistische Parteileitung die Aussetzung des Generalstreiks für ganz Italien mit Einholung des Sozialen beschlossen haben.

Wegen des Streits der Sozialen erscheinen in Rom die Zeitungen, mit Ausnahme von „Popolo Romano“ und „Osservatore Romano“, nicht. Die öffentlichen Verkehrsunternehmungen arbeiten vorläufig, trotz des Generalstreiks, wie gewöhnlich. Auf der Piazza Termini, wo sich Manifestanten angekündigt hatten, wurde auf die Karabinieri geschossen. Diese erwiderten das Feuer. Es gab einen Toten und sechs Verwundete.

In Mailand ist es auch am Dienstag ordnungsgemäß zu Zusammenstößen zwischen der Menge und der bewaffneten Massen gekommen. Es gab drei Tote und eine Anzahl von Verletzten. Die Demonstration nahm ihren Ausgang vom Domplatz, der von einer großen Menschenmenge besetzt war, die unter der Leitung des Abgeordneten Poppi stand. In der Galerie Victor Emanuels hielt der Zug an die Polizei, die die Einstellung der Demonstration und die Auflösung des Zuges verlangte. Da die Menge sich weigerte, zusammenzugehen, eröffneten die Karabinieri das Feuer auf die Menge, die mit Revolverwaffen erwiderte. Der erste Tod war ein Karabinier. Es gab über 20 Verletzte. Der „Avanti“ beschuldigte die Polizei, die Menge herausgefordert zu haben, und sagt, dass bei den ersten Zusammenstößen die Offiziere mit Revolvern auf die Menge schossen. Der Streitbeischluss ist von den Arbeitervorstellern getroffen worden.

Eine Note über Eupen und Malmedy. Nicht Volksabstimmung, nur freie Bekanntmachung des Banusses der Einwohner!

Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Brüssel war bereits am 12. November eine Note über Eupen und Malmedy zugegangen. Eine Befreiung war jedoch bisher nicht möglich, da der Text in verdecktem Form in Brüder eingetroffen war. Da der nunmehr bekannt gegebenen Text, die eine Antwort auf einen Brief der deutschen Friedensdelegation vom 3. Oktober bildet, steht Clemente fest, dass es nicht die Absicht der Alliierten und offizielle Räte gewesen ist, in Eupen und Malmedy eine Volksabstimmung zu veranstalten, entsprechend denen, die für Überholungen oder für Schleswig vorgesehen sind. Außerdem dass es ihre Absicht war, den Bevölkerungen der in Frage kommenden Kreise, die etwa 100000 Einwohner haben sollten, dass ihr Heimatgebiet unter deutlicher Gewalt verblieb, zu gestatten, ihren Einwohnern freien Ausdruck zu geben. (1) Siegeln, das alle erforderlichen Maßnahmen unter seiner eigenen Verantwortung zu treffen hat, welche nicht verhindern, entsprechend seiner Verpflichtung und im Sinne der in Brüssel vorgebrachten Bedingungen die freie Abstimmung des Dorfes der Einwohner zu ermöglichen.

Gleichzeitig wird zu dieser Note Clemenceau bemerk: Sie ist der deutschen Regierung sehr entgegenkommend und die entsprechenden Prüfung und Dokumentationen bis ins letzte Detail vorgenommen. Sie ist sehr als diese Note als eine Note, die offiziell und zulässig ist, anzusehen.

Die Note mit der Bemerkung, dass die Lösung der Fragen, um die es sich handelt, Sache der Belgier sei. Die sehr eingehenden Klagen über den Terrorismus, der von den Belgern in den Kreisen Eupen und Malmedy verübt wird, übergeben sie mit Stille weiter, obwohl sie einst verübt haben, die Abstimmung in den Kreisen werden frei und unbedingt zu statthaben gehen. Nur bei einem Punkte verzweigt die Antwortnote, die Männer hätten im Juli erklärt, die Abstimmung werde unter der Leitung des Völkerbundes stattfinden. In der deutschen Note vom 3. Oktober war sie hierzu erinnert worden. Jetzt erklären sie, dass der Völkerbund erst nach der Abstimmung, deren Durchführung ganz und gar den Belgern überlassen werden soll, in Aktion treten werde.

Die Entente fordert die Auflösung der Schutzwehren.

Dem deutschen Vertreter in Paris ist folgende, bereits kurz erwähnte Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen:

„Alle bis heute eingegangenen Nachrichten bezeugen übereinstimmend, dass die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet und verwirkt. Außer der Reichswehr werden unter dem Namen „Sicherheitspolizei“ stehende Streitkräfte geschaffen, die sämtliche Kennzeichen und den Wert ausgewählter militärischer Streitkräfte haben. Diese Streitkräfte werden von Stäben befehligt und verwaltet, die aus militärischem Personal zusammengesetzt sind. Diese Formationen haben sonst, obwohl sie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihrer angeblichen Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Ausstellung verstößt gegen den Artikel 162 des Vertrags.

Außerdem bildet Deutschland unter dem Namen „Zeitfreiwillige“ und „Einwohnerwehr“ Verbände, die Kontrollversammlungen und militärische Übungen unterworfen und mit Waffen- und Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen stehen mit der Gesamtheit der militärischen Bestimmungen, namentlich mit Artikel 178 des Vertrags im Widerspruch.

Die alliierten und assoziierten Regierungen machen schon jetzt darauf aufmerksam, dass die dem Geiste und Wortlaut des Vertrags gemässen Maßnahmen als Absicht der deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden können. Sie fordern insgesamt die deutsche Regierung auf, die vorbeschriebenen Maßnahmen unverzüglich aufzuhören, jedenfalls oder so, dass mit der Inkraftsetzung des Vertrags die sogenannten Polizeitruppen auf die im Vertrag vorgeschriebene Starke herabgemindert werden und eine ihrem Charakter als Orts- und Gemeindepolizei entsprechende Versammlung erhalten und Stärke, die über die im Vertrage vorgesehene Zahl hinaus geschaffen sind, sowie Reserveorganisationen aufgelöst werden.“

Deutschlands wird halbamtlich zu dieser Note bemerkt: „Es ist nicht zutreffend, dass die deutsche Regierung eine Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet. Im Gegenteil ist die Herausbildung der Heeresstärke auf das in Artikel 48, Absatz 2 des Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von 200000 Mann, wie allgemein bekannt, im vollen Gange. Da die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres ungeteilt der heimischen inneren Sicherheit sowie der Deutschen genötigt gesehen haben, durch Errichtung von „Sicherheitspolizei“, „Einwohnerwehr“ und „Zeitfreiwilligen“ besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen, ist nicht nurständig Gegenstand der öffentlichen Diskussion, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. In der von deutscher Seite angeregten Besprechung der einzelnen Fragen ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, inwieweit die getroffenen Einrichtungen mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird jedenfalls nach Einsetzung der im Friedensvertrag vorgesehenen Kontrollkommission gemäß den Vorrichtungen des Vertrags klarzustellen sein. Es wäre nur erwünscht, dass die Besprechungen darüber schon früher stattfinden.“

Deutschlands wird halbamtlich zu dieser Note bemerkt:

„Es ist nicht zutreffend, dass die deutsche Regierung eine Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet. Im Gegenteil ist die Herausbildung der Heeresstärke auf das in Artikel 48, Absatz 2 des Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von 200000 Mann, wie allgemein bekannt, im vollen Gange. Da die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres ungeteilt der heimischen inneren Sicherheit sowie der Deutschen genötigt gesehen haben, durch Errichtung von „Sicherheitspolizei“, „Einwohnerwehr“ und „Zeitfreiwilligen“ besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen, ist nicht nurständig Gegenstand der öffentlichen Diskussion, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. In der von deutscher Seite angeregten Besprechung der einzelnen Fragen ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, inwieweit die getroffenen Einrichtungen mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird jedenfalls nach Einsetzung der im Friedensvertrag vorgesehenen Kontrollkommission gemäß den Vorrichtungen des Vertrags klarzustellen sein. Es wäre nur erwünscht, dass die Besprechungen darüber schon früher stattfinden.“

Friedensbereitschaft Sowjet-Russlands.

Der Sondergehandlung der Sowjet-Republik in Kopenhagen, am 11. November, empfangen Mittwochnachmittag Vertreter der Kopenhagener Presse, um ihnen den Zweck seiner Anwesenheit auszumachen zu lassen. Er führte in einem längeren Vortrage aus, dass er nach Kopenhagen gekommen sei, nicht allein um über den Gefangenenaustausch zu verhandeln, sondern auch um die Friedensverhandlungen einzuleiten. Russland sei bereit, trotz der militärischen Lage und der Entwicklung neuer Krisenquellen mit den Alliierten zu jedem Zeitpunkte Frieden zu schließen.

Das bulgarische Verantwortlichkeitsgesetz.

Der bulgarische Gesetzentwurf über die Abdankung der Kriegsverantwortlichen enthält nach der „Frankfurter Zeitung“ folgende Bestimmungen:

Wer während eines Unterrichts an den Kriegsvorbereitungen, an der Kriegserklärung und an der Durchführung des Krieges genommen hat, wird mit dem Tode bestraft und ihre Güter werden konfisziert, gleichgültig ob es sich um die Staatsoberhäupter, Minister, Kammerpräsidenten oder Oberbefehlshaber handelt.

Die diplomatischen Gesandten und die ausländischen Missionen, die den Abzug von Geheimverträgen beobachteten, werden mit 15 Jahren Gefängnis, mit Beschlagnahme ihrer Habe und Degradation bestraft.

Abgeordnete, Kommandanten von militärischen Einheiten, Projekte und andere, die in Ausübung dieser Funktionen zur Kriegserklärung beigetragen haben, werden mit Gefängnis zwischen 10 bis 15 Jahren bestraft. Ihre Habe wird für verlustig erklärt und sie ihrer Siedlung entzogen.

Die nach Ausübung der Lügen mit Wuchergeschäften bestraft werden, erhalten die gleiche Strafe.

Ein nationaler Gerichtshof wird die Schuldigen aburteilen.

Politische Kundgebung.

Denkmal.

Wahltagkundgebung am April?

Der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hat von gefährlicher Stelle erfahren, dass die Kommunale Wahlkampagne für den April 1920 in Deutschland stattfinden soll.

Neuregelung im Außenhandel.

Die Krise des Ausverkaufs Deutschlands und die Entwicklung unserer Wirtschaft hat die Regierung, wie bekannt, seit langem beschäftigt. Diese ersten und schwerwiegenden Fragen sind jetzt, wie die „P. R. A.“ erahnen, zu einem gewissen Abschluss gekommen. Die Waren, welche der Kontrolle von Außenhandelsstellen unterstehen, werden durch die Preisprüfung der Außenhandelsstellen auf einen angemessenen Preis für die Ausfuhr gebracht. Drei, wo Handel und Industrie einig sind, werden weitere Außenhandelsstellen geschaffen werden. Die Waren, welche durch Außenhandelsstellen nicht bewirtschaftet werden, sind durch einen Ausfuhrzoll zu treffen. Die Kontrolle der Einführung wird durch wirtschaftliche Gestaltung gestaltet werden, dass die vorherwidrig eingeschafften Waren beschlagnahmt werden und ohne Entschädigung dem Reiche verfallen. Die Ausführungsbestimmungen unterliegen noch der Prüfung, ebenso müssen Reichsrat und Nationalversammlung noch Stellung nehmen.

Kleine politische Nachrichten.

Wie die „P. R. A.“ von zuständiger Stelle erhoffen, hat der Oberbefehlshaber für die Märkte die Freilassung der in Berlin noch in Schutzhaft befindlichen Häftlinge verfügt.

Die Entente hat die polnische Regierung angewiesen, vor Inkrafttreten des Friedensvertrages die Verhandlungen mit der deutschen Regierung nicht fortzusetzen.

Die Letten sind über die litauische Grenze vorgedrungen, wo einen Bruch der getroffenen Vereinbarungen bedroht.

Die amerikanische Wirtschaft nach Deutschland auf über 52 Millionen Dollar, die Einfuhr aus Deutschland auf etwa 5 Millionen Dollar.

Gegen Sklarz wurde beim Österreichsauwall eine Hochverratsanzeige erstattet, weil er im März versucht habe, Regierungstruppen auf die Seite der Aufständischen zu ziehen.

Prinz Max von Baden richtete einen „Offenen Brief“ an den Erzbischof von Canterbury, in dem er seine schulnige Hilfe für die deutschen Gefangenen erhielt. Der Brief schließt mit einem Appell an die englischen Soldaten, die aus der deutschen Gefangenenschaft zurückgelassen sind.

„Extrablatt“ in Kopenhagen meldet, dass bis jetzt über 20000 Abstimmungsberichte für Schleswig in Dänemark gemeldet sind. In der letzten Zeit ist ein ständiger Zugang zu verzeichnet gewesen.

Infolge von Differenzen zwischen den beiden tschechischen sozialistischen Parteien ist in Prag eine Ministerkrise ausgebrochen.

In Dresden und Moras-Wasowhely meuterten die tschechischen und rumänischen Soldaten, weil sie an der Verfolgung ihrer Stammesgenossen nicht teilnehmen wollten. Der Putsch wurde von den rumänischen Autonomisten Siebenbürgens organisiert, dem sich später die Sachsen und erst ganz am Schluss die Magyaren anschlossen. Die Verhafteten sind zum größten Teile Hermannstädter und Rumänen.

Italien.

Orlando zum Kammerpräsidenten erwählt.

Zu Beginn der Kammerwahl am Mittwoch leisteten die Sozialisten den Eid. Der Kandidat der Regierung, Orlando, wurde mit 251 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt; der Kandidat der Sozialisten Lazzari erhielt 143 Stimmen.

Spanien.

Die Ministerkrise bereits beigelegt.

Da der König dem Kabinett sein Vertrauen bestätigte, beschloss dieses, volljährig im Amt zu bleiben. Die Ministerkrise war durch folgenden Zwischenfall herbeigeführt worden: 14 Generalsabschieber, die wegen Vergehens gegen die Disziplin abberufen worden waren, waren durch das oberste Gericht wieder in die Armee aufgenommen worden. Die Regierung wurde von den Militärbünden aufgefordert, sie aus der Armee zu entfernen. Am 29. November sollen dann alle Infanterieoffiziere mit Einsicht der Generale verlangt haben, dass man sie in den Ruhestand versetze. Am Sonntag nachmittag versammelte sich der Kabinettsrat und im Verlaufe dieser Sitzung reichte der Kriegsminister sein Rücktrittsgesuch ein. Abernab begab sich Sanchos Toca in Begleitung des Kriegsministers zum König, um ihm die Demission des gesamten Kabinetts mitzuteilen.

Vereinigte Staaten.

Juristische Zwischenfälle gegen die Revolution.

Aus Washington wird gemeldet: Das Mitglied des Repräsentantenhauses Kelly hat eine Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Revolutionierung und Anarchie eingereicht, die Strafen bis zu 5 Jahren Gefängnis und 5000 Dollar Geldbuße gegen alle Arten des Terrorismus, Bestrebungen zum Sturz der Regierung oder schwere Schädigungen der Industrie und der Fabriken fordert. Ausländer sollen nach Ableistung der Strafe ausgewiesen werden. Durch solche vorbeugende Maßnahmen lässt sich keine Revolution aufhalten. Mr. Kellys Antrag zeigt, dass die Revolution in den Vereinigten Staaten bereits große Fortschritte gemacht haben muss.

Mexiko.

Ein ganzes Regiment vernichtet.

„Reuters Bureau“ lädt sich aus El Paso (Texas) drahten: 1000 Soldaten unter Villa machten, um für die Rückführung Angoles Mache zu nehmen, am 28. November nördlich Santa Rosalia (Chihuahua) einen Angriff auf das 18. mexikanische Regiment. 674 Soldaten wurden niemals mehr gesehen. Nur zwei sind entkommen.

Aus dem Freistaat Löbed.

Donnerstag, 4. Dezember.

Die Beisetzung Peter Paves.

Grausame Kämpfe die Wahlen über der Erde. Ein seiner Regenfiel unaufhörlich herniederte. Es war, als hätte der Himmel sein dunkles Traueramt angelegt. Trotz dieses schlechten Wetters hatte sich ein zahlreiches Gefolge eingefunden, um dem in seinen Kreisen der Bevölkerung hochgeehrten Verstorbenen das letzte Geleit zu geben. Von der Bürgerschaft waren nicht nur sozialdemokratische, sondern auch bürgerliche Mitglieder erschienen. Den mit dem Abzeichen der Trauer versehenen roten Banner des Sozialdemokratischen Vereins folgten Hunderte Menschen. Auch der Verband der Schneider und der Chorverein waren mit ihren Fahnen erschienen. Die Kapelle auf dem Vorwerke Löbed, in welcher die Trauergottesdienst stattfand, war dies zu leicht, um die

schonenen fassen zu können. Nachdem das Harmoniumspiel verklungen war, sang der Chorverein „Sturm schlägt der Sänger“. Darauf hielt Genosse Brömmel am Sarkophag die Trauerrede. Er gehörte der mühevollen, unermüdlichen, erfolgreichen Tätigkeit des Verstorbenen. Sein Wirkeln, Wesen, ehrlicher und fest Charakter sei in vieler Hinsicht vorbildlich gewesen. Besonders die Arbeiterschaft verkannte ihm außerordentliches; sie werde ihn nie vergessen. Am Grabe sprach zunächst Genosse Schirr im Namen der Bürgerschaft und holte die Verdienste hervor, die der heimgegangene nicht allein für die Lübecker Arbeiterschaft, sondern auch für die Stadt Lübeck sich erworben hat. Genosse Böger widmete ihm im Namen der Genossenschaftsbäckerei „Schönfert“ dankbare Worte. Genosse Löwengut, der für den Vorstand und Ausschussrat der Bäckerei sprach, gedachte besonders der segensreichen Tätigkeit Bögers für den Aufstieg der Lübecker Arbeiterschaft. Sein Streben sei es gewesen, aus der Genossenschaftsbäckerei das Rückgrat der organisierten Arbeiterschaft zu machen. Aber auch in der Partei- und in der Gewerkschaftsbewegung habe er seine Pflicht treulich erfüllt. Für die Geschäftsführung und für die Breitkommission des „Lübecker Volksboten“ widmete Gen. Böck dem Verbliebenen ehrende Worte. Gen. Höckel sprach namens der Gewerkschaften Lübecks, Gen. Henze namens des Konsumvereins. In aller diesen Reden nahmen Vertreter auswärtiger Genossenschaften des Wests, die alle prachtvolle Kränze mit entsprechenden Widmungen niederlegten. Ein Berg von Kränzen häufte sich am Grabe. Nicht nur die Großraum-Gesellschaft der Konsumvereine, sondern auch die Konsumvereine aus mehreren Städten der Umgegend hatten Kränze gesandt; auch die „Meddeleb. Volkszeitung“ und der Bezirksvorstand in Rostock ließen durch ihre Vertreter Kränze überreichen. Am Grabe hatte vorher der Chorverein nochmals ein Lied gesungen. Nach Beendigung der würdevollen Feier verabschiedete die Teilnehmer allmählich den Friedhof mit dem Bezugspunkt, daß sie einem unsterblichen Ehre erwiesen hätten.

Von den Kranzwidmungen seien nur einige hier wiedergegeben. Der Vorstand und Ausschussrat: „Gefallen und Streben, Das war Dein Leben!“ Die Bäckerei: „Dem unermüdlichen Vorlämpfer unserer Genossenschaft.“ Die Hamburger Produktionsgenossenschaft der Bäckereiarbeiter „Vormärts“: „Selbstlos und unermüdlich im Dienste der Genossenschaft, so macht Du allen ein leuchtendes Vorbild.“ Verkaufsstelle Gaarden-Kiel: „Für gleiche Ziele kämpften wir lange gemeinsam. Du ruhest nun. Wir wirken weiter in Deinem Sinne.“ Genosse Bissell: „Das Wohl der Arbeiterschaft war der Inhalt Deines Lebens!“

Ein deutschnationales Fälscherkunststück.

Die „Allgemeinen Anzeigen“ wollen als altheutiges Organ ihre fleiß geübte Propaganda zur Verleumdung der Sozialdemokratie hochhalten. Sie befassten sich am Mittwochabend mit einem Artikel des Genossen Kratzig über die Luxuswaren-Umsatzsteuer, und behaupten darin frank und frei, der „Vorwärts“ wolle die Kapitalisten der Konfektionsbranche aus durchsichtigen Zwecken vor dieser Steuer schützen. Nebenbei läßt das Amtsblatt die Verdächtigung durchblitzen, daß durch diese Steuer etwa die Gattinnen der neuen sozialdemokratischen Minister getroffen werden könnten. Das Blatt behält auch die Unverschämtheit, eine sozialdemokratische Vorliebe für die Konfektionäre aus dem Grunde zu konstruieren, weil der hochverehrte Genosse Singer, dessen Firma den Vormärtsverlag noch zierte, einmal Mitinhaber eines Konfektionsgeschäftes war. Genosse Singer wird als Konfektionskapitalist bezeichnet und vorwichtig kritisiert mit den Waffenstiften seines Kompagnons, von dem er sich trennte, in Verbindung gebracht. Es ist bezeichnend für die niedrige Geistigkeit des Amtsblattes, daß es offenländige Lügen, die schon vor mehr denn 30 Jahren bloßgelegt sind, heute noch aufstößt. Aber was tut man nicht, um den Absehen gegen die Erzbergerische Steuerpolitik einzutun! Dann getroffen sollen durch die neuen Steuern in erster Linie die fertiggestellten Steuerscheuen werden, die es unter dem alten Systeme verstanden haben, alle Kosten auf die breiten Massen abzuwälzen.

Es ist eine absurde Tatsache, daß wir Sozialdemokraten so lange nicht mit jeder Steuer, die jahrlang geschaffen werden muß, einverstanden sind. Und wenn Genosse Kratzig im „Vorwärts“ auf die Schattenstellen einer Luxussteuer aufmerksam macht, so wird ihm das kein vernünftiger Mensch verargen, zumal wenn sichhaltige Gründe gegen die Steuerform angegeben werden. Diese bestehen nicht, wie das Amtsblatt so blödsinnig behauptet, darin, daß der „Vorwärts“ die Konfektionskapitalisten lügt, sondern weil befürchtet werden muß, daß die ganze Konfektions-, Hut- und Zugwarenindustrie einfach glatt totgeschlagen würde. Das ist der sorgende Punkt, den die „Lübeckischen Anzeigen“ zwar eingangs aktieren, aber durch nachfolgende ellenlange Anfälle aufdrücken, um der Sozialdemokratie die niedrigsten Motive unterzuheben. Man sehe einmal diesen Satz an:

„Die Kapitalisten der Konfektionsbranche sollen durch den „Vorwärts“ geschützt werden. Ein solches Verhalten wäre schwer verständlich, wenn man nicht aus früheren Zeiten wüßte, welche Fäden sich zwischen dem „Vorwärts“ und einer bestimmten Sorte von Konfektions-Interessenten geknüpft hatten. Die Verlangsgesellschaft des „Vorwärts“ trägt immer noch den Namen ihres verstorbenen Begründers des fröhlichen Abgeordneten Paul Singer, der selbst zu den Kapitalisten des Konfektionswesens gehörte und dessen Haus sich vor Jahren einen gewissen „Auf“ erlangt durch den berühmten Rat von Singers Kompagnon an seinem miserabel bezahlten weiblichen Angestellten, der jüngsten Nobeldienst auf der Friedrichstraße zu suchen! Im Geiste dieser Art von Konfektionshändlern und -helfern empört sich das wackere „Proletarierorgan“ über die Belästigung des bei der heutigen Schwere der Zeit höchst widerwärtigen Garderoben-Zugus.“

Das ist wahrhaftes Alldedutsch — nein, das ist ordinärste Brunnensprudel eines deutschnationalen Schmierinten, der für ein paar Papierlappen seine tägliche Verleumdung produzieren muß. Dazu ist jedes Mittel recht, selbst wenn es aus der Widergrau herausgeschafft werden muß. Der verleumderische Artikel ist natürlich kein Eigenprodukt der Lübeckischen Anzeigen“. Diese haben nur den Auftrag durch seine Verbreitung ihre niedrige Geistigkeit in Erinnerung zu bringen.

In der Anschlußfrage in der Provinz Lübeck ist im Landesausitus von den Demokraten ein Antrag gestellt worden, der verlangt, eine Abgabe an das Staatsministerium und an den Landtag zu richten, um von Oldenburg getrennt zu werden. In der Abgabe wird darauf hingewiesen, daß zwischen der Provinz Lübeck und Oldenburg keine Gemeinsamkeit mehr bestehe; daher sollte vorausgesetzt werden, daß der Anschluß an ein demokratisches Staatsgebiet vorgenommen werden. Der legige Aufstand der Ungewichheit läßt die Erfüllung notwendiger Reformen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Eine vorausgesetzte Rücksichtnahme mit Oldenburg könne nur über die gemeinsame Zentralbank stattfinden. In den sonstigen Fragen müsse eine Einschädigung abgesehen werden.

Die Offizieblätter. Obwohl der Verkehr der mittleren und kleinen Schiffe etwas reger ist, kann nicht gelogen werden, daß die Ausdehnung der Kreuzfahrtswelle irgendwie bedeutende Erleichterung des Schiffsverkehrs im allgemeinen gebracht hat. Die Last der Schiffe wird hier in Lübeck sehr drückend verhant. Der Verkehr mit der Entwickelkommission geht seinen geregelten Gang, obgleich es in der letzten Zeit vorgekommen ist, daß einzelne Schiffe einige Zeit länger auf ihre Fahrtausweise warteten müssen. Auch aus den übrigen Offizieblättern wird ähnliches berichtet. So wird aus Danzig gemeldet, daß von einer auch nur ganz bescheidenen Erleichterung des Verkehrs überhaupt keine Rede sein kann. Im Hafen liegen noch sechs große Frachter still. Genau so liegt es in Sietteln. Es heißt dortaus immer, für Erdölampen, die das in Schweden lagernende Öl zu uns herüberbringen sollen, Kreuzfahrtlaubzeile zu erlangen. In den letzten Tagen sind allerlei Ergebnisse aus Schweden erwartet, die mit der

Leistung vereinheitlicht waren. Für die nächste Zeit wird ein rege Verkehr zwischen den Offizieblättern, besonders denen des weiteren Ostens, eingesen, wenn durch das Freiwerden der Binnenschiffahrt Kohle wieder auf Seeschiffen umgeladen werden kann. Kleinere Dampfer für den Transport von Dänemark nach Deutschland erhalten Geleischein.

Die Aufforderung auf den Werksteu. Den Beschlüssen der Arbeiter der Deutschen Werft und der Werft von Blohm & Voss in Hamburg auf Weiberführung der Stücklohnarbeit sind jetzt auch die Arbeiter der Reiherstieg-Schiffswerft und der Werft und Maschinenfabrik (Worms-Janssen & Schmitz) U.G. gefolgt. Ebenso wird die Aufforderung auf der Kochschen Werft in Lübeck eingeführt werden.

Meine Sicht! Man schreibt uns: Für die Arbeiter, die schon frühmorgens die Struktfahrt benutzen müssen, ist es unabdinglich notwendig, daß für bessere Beleuchtung gesorgt wird. Schon bevor man an die Bühne herankommt, müssen im Dunkeln viele Hindernisse überwunden werden, die mit Lebensgefahr verbunden sind, so z.B. das Übersteigen der im Wege stehenden Güterzüge. Aber das größte Hindernis ist die im Dunkeln liegende Freitreppe des Struktfährhauses. Abhilfe muß schnell geschaffen werden, ehe der Winter vergeht. Das ältere Wagenhindernis muß von der Eisenbahnbeförde durch einen Durchlauf befreit werden.

Zur raschen Wittereindeckung mit Kartoffeln fordert die Stadt Kartoffelställe auf. Die ihr zur Verfügung stehenden Räume können keine so großen Mengen bergen, um den Bedarf für die Gemeinschaftslösung längere Zeit sicherzustellen. Die graue Belegschaft läuft bald ab.

Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kriegsgefangenen. Die Veranstaltung der Abteilung Fürsorge für Kriegs- und Zivilgefangene des Wohlwollersamtes findet am 14. Dezember 1919, vormittags 11½ Uhr in der Stadthalle statt. Das Orchester des Vereins der Musikknechte wird mit.

Verlaßzeit zum Weihnachtsfest. Das Polizeiamt gibt bekannt, daß für Sonntag, 21. Dezember, in allen offenen Verlaßstellen ein Gewerbebetrieb und eine Beschäftigung von Schülern, Lehrlingen und Arbeitern in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags gestattet ist. Ferner dürfen die offenen Verlaßstellen am Montag, dem 22. und Dienstag, dem 23. Dezember bis 7 Uhr abends für den Handelsverkehr geöffnet bleiben.

Mieterschutzverein. Wiederholt ist in letzter Zeit in den hiesigen Tageszeitungen der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, einen Mieterschutzverein zu gründen. Die Vorarbeiten hierzu sind nunmehr in Angriff genommen worden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß noch in diesem Monat mit einer Aufforderung an die Mieter zur Gründung eines Vereins herangestritten wird. Das Nächste wird alsdann bekannt gegeben werden. C. Ultron.

Verlaß von Misshandlung. Wie die Handelskammer mitteilt, wird von der Wirtschaftsstelle für Kaffee erneut darauf hingewiesen, daß nach den Bedingungen, welche an alle von ihr erteilten Einführungsbewilligungen getroffen werden, Wohnentlassungen in Misshandlungen nicht verlaßt werden darf. Solche Misshandlungen werden im übrigen als Kaffee-Ersatzmittel nach § 2 der Kaffee-Ersatzmittel-Berordnung vom 16. November 1917 gestattet, sobald ihr Verlauf zu höheren als den in dieser Verordnung festgelegten Höchstgrenzen (1,16 M. bzw. 1,12 M. für ein Pfund im Kleinhandel) strafbar wäre. Zuwidderhandlungen werden den zuständigen Strafbehörden zur Verfolgung überwiesen werden.

Ronnerhaus Lübeck. Dieses albelannic Konzert- und Ballhaus eröffnet am Freitag, dem 5. ds. Mts. nach vollständiger Renovierung wieder seine geselligen Räume mit einem Eröffnungsball unter Leitung des Kapellmeisters Sulziale. Die neue Besitzerin, Frau Dr. Egg, wird wie bisher für beide Bewirtung und angenehmen Aufenthalt Sorge tragen.

In alle Genossen, die fremde Sprachen beherrschen! Es ist leider Tatsache, daß selbst die Mehrzahl der Genossen, die fremde Sprachen beherrschen, nur geringe Kenntnis der ausländischen sozialistischen Parteien besitzen. Gingehendes Studium scheitert meist an den zu hohen Kosten. Um diese zu verringern, wird beabsichtigt, eine zwanglose Vereinigung zum gemeinsamen Bezug und Austausch fremdsprachiger sozialistischer Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zu bilden. Genossen, die dafür Interesse haben, werden gebeten, ihre Adresse zu teilen an Hans Brechenmacher, Berlin S. 42, Ritterstr. 112.

Eisbahn des Verbandes für Leibesübungen und Jugendpflege. Auf dem Mühlenteich wird seit einigen Tagen fleißig gearbeitet zur Herstellung der Eisbahn. Diese Arbeiten werden in diesem Jahre mit besonderer Umsicht ausgeführt.

Kleingartenwesen. Wie wir hören, hat der Landtag von Mecklenburg-Strelitz eine halbe Million Mark zur Förderung des Kleingartenwesens zur Verfügung gestellt. Glückliches, hervorhebendes Mecklenburg! In den Nachbarländern würden die Kleingartenbesitzer sich schon mit einem Bruchteil einer solchen Summe zu helfen wissen, wenn er nur verfügbar wäre.

Polizeibericht. Aus dem Warzimmers im hiesigen Arbeitsamt Unterricht ist gestern vormittag eine braunlederne Handtasche mit mehreren Portefeuilles, auf dem Namen Schaal lautend, und 100 Mark barem Gelde geklopft worden. — Mittels Eindrucks einer seitlichen Schuhenschnalle wurde aus einer Waffenhandlung in der Holstenstraße mehrere Pistolen gestohlen worden. — Ermittelt und festgenommen ist ein 22jähriger Schuhmacher aus Hassendorf und ein in Gutin garnisonierender Angehöriger der Reichswehr aus Kaltenkirchen wegen Einbruchs in die Bäckerei. Beide erschienen hier Mittwoch morgens auf dem Bahnhof mit einem Koffer und einem Papplerton, in dem sich 3 Bände und 5 Enten befanden. Sie wollen die Tiere von einem Unbekannten in Gutin gekauft haben, es konnte doch bald festgestellt werden, daß die Tiere bei einem Landmann in Hitzfeld bei Gutin mittels Einbruchs gestohlen waren. — Auf Grund eines Haftbescheids aus Köln wegen Diebstahls und Betruges wurde ein hier wohnhafter Kaufmann aus Wulfrath festgenommen. — In leichter Nacht wurde in einem Hause der Wenzelstraße ein Einbruch diebstahl verübt. Die Täter wurden verdeckt, sodass es ihnen nur gelang, einen Damenpelz aus schwartem Tuch und innen mit Webstoffen gestiftet, zu stehlen. Kragen und Manschetten des Pelzmantels sind mit Eis amalp befestigt. — Gestohlen wurde am Sonntag nachmittag von dem Hofplatz eines Grundstücks an der Watzenvorstadt ein Fahrrad. Das Fahrrad ist mit Nekarsulmer Kettenrad versehen und hat großes Kettenrad. Die vorgebaute Lenkstange ist nach unten gebogen, die linke Seite der Lenkstange ist gelöst.

Die Verhandlungen im Bitterfelder Streit beendet. II. Bitterfeld, 4. Dezember. Die Verhandlungen der Kommission im Streit sind abgeschlossen. Es wurde ein acht Punkte umfassendes Protokoll aufgestellt, dem die Betriebsseite bereits zugestimmt haben. 3 bis 4 Arbeitsschichten der Anilinfabrik werden demnächst nicht wieder eingestellt. Die Entlastung weiterer Betrieb des Anilinfabrik durch den Schließungsausschlag. Der für Bitterfeld gezahlte Lohn ist wieder zurückzuzahlen. Die Streitäge werden nicht bezahlt. Maßregelungen finden nicht statt.

des Fischereihafens Niendorf einsetzen soll, besteht aus den Herren Kohlsaat, Fick und Voß. Die Position für Feuerlöschwagen wird von 2000 auf 3000 M. erhöht. Eine große Kulturdebatte entsteht wegen der Bewilligung von 180 M. für den Gefangenengefängnis Gutin. Ein Vorspiel zu kommenden Dingen?

Sitzung am 3. Dezember, nachmittags: Sozialliche Angelegenheiten und Schulen. Bartels beantragt, den Zuschuß für die Realschule in Gutin nur unter der Bedingung zu gewähren, daß Oster 1920 mit dem Abbau der Realschule begonnen wird. Die Regierung gibt zustimmende Versicherungen. Es erfolgt eine rege Diskussion über das Volksschulwesen; Goe befragt 6000 M. für Volksbildungszwecke und zwar 2100 M. für die Volksschule in Gutin und 3800 M. für das plattdeutsche Land. In die Kommission für diese Zwecke werden gewählt Frau Voß-Zieck, Bartels und Behmann. Aussprachen über Kurauer und Schwartauer Schulverbündnisse nehmen einen breiten Raum ein und dürfen für den Herrn Kreisholzinspektor und die Regierung nicht gerade anerkennen sein. Hinreichlich des Konfirmandenunterrichts wird entschieden, daß vom nächsten Jahre an der Konfirmandenunterricht so gelegt werden muß, daß der Schulunterricht dadurch nicht gestört wird. Die 4 unbesuchten Schulstufen in Schwartau sollen lobend als möglich bezeichnet werden. Die Beihilfe zu den Kosten des Handarbeitsunterrichts und der Ausbildung der Handarbeitslehrerinnen wird von 6000 M. auf 10 000 M. erhöht. Abgelehnt wird die Forderung des Lehrervereins um eine Beihilfe von 500 M. für Vereinszwecke. Die Diätenfrage der Beamten soll genau geprüft werden. Mit einer gründlichen Beratung des Vorstands wird geschlossen.

Hamburg. Zum Rathaus der Universität, die hierfür die Hamburger Blätter. Der alte Arbeiterrat, der größtenteils aus „Unabhängigen“ besteht, war den Übereinkommen längst nicht mehr radical genug. Er sollte gesprengt und ein „revolutionärer Obmann“ eingesetzt werden, der die Geschäfte des Arbeiterrates übernehmen und zunächst defektieren sollte, daß fünf klein Arbeiterräte einer Gewerkschaft anzugehören brauchen. Die Zerstörung der Gewerkschaften ist diesen Leuten noch wichtiger, als die Zerstörung des Kapitalismus. Zunächst verfügen die Übereinkommen die Arbeiterschaft durch die Behauptung aufzupauschen: der Arbeiterrat hätte über die Lohnbewegung nicht genügend Aufklärung gegeben. Eine Versammlung, die während der Arbeitszeit auf der Welt stattfinden sollte, lehnte die Direktion mit Zustimmung des Arbeiterrates ab. Die Versammlung stand trotzdem statt. Hier zeigte sich aber des Wiederkehr. Von Lohnbewegung wurde gar nicht gesprochen, sondern ein Beschluss gefasst, wonach die U.S.-P.-B.-Vertreter im Arbeiterrat ebenso zuwidertraten sollten, wie die U.S.-P.-Vertreter. Hierzu erläuterten unsere Genossen, daß sie in einer am nächsten Tage (Sonntagabend) stattfindenden Versammlung darüber beschließen würden. Die Versammlung, die dann auch stattfand, blieblos, aber ihre Vertreter nicht ausdrücklich, sondern auch die U.S.-P. zu verlassen, ihr Mandat weiter auszuführen. Am Sonntag fand nun wieder eine Versammlung der Übereinkommen statt, wo es zu scharfen Zusammenstößen kam. Schon seit längerer Zeit wurden die U.S.-P.-Vertreter von den Übereinkommen schärfer belämpft, weil sie weitgehenden Versprechungen nicht gehalten haben. Was haben sie der Weltausstellung nicht alles versprochen, hinsichtlich der Lohnfrage usw. Nichts von alledem konnten sie halten, weil es eben unmöglich war. Heute werden die Genossen von ihren eigenen Parteibrüdern als Verräiter und Lumpen verschrien. Die Masse geht über sie hinweg. Die U.S.-P. aber steht mit ihrer Politik vor dem Bankrott. Warum die Geister, die man im Laufe dieses Jahres gerufen hat, nicht mehr rufen. Kurzum, die Mitglieder der U.S.-P. im Arbeiterrat auf der Universität haben abgewichen und sie sind von ihrem Posten zurückgetreten. Der Übereinkommen feiert Triumph zum Schaden des Arbeiterrates.

Hamburg. Beschlußnahmefestlicher Abend am 3. Dezember wurden bei der Polizeibehörde 199 falsche Fälschungsscheine der Ausgabe vom 30. November 1918 eingeliefert, die von den Fälsfern verschiedenen Banken, Postämtern, Postämtern und Privatposten vereinigt worden sind. Diese Scheine sind teils sehr gut nachgemacht. Es wird angenommen, daß sich noch zahlreiche derartige Fälschungsscheine im Umlauf befinden.

Hamburg. Aufforderung im Schiffbau. Auf der Deutschen Werft Hamburg-Finkenwerder ist am 1. Dezember morgens auf Antrag der Arbeiterschaft die Aufnahme der Stücklehr-Arbeit mit großer Stimmenmehrheit beschlossen worden. Nach dem „Hbg. Corresp.“ hat die Arbeiterschaft von Blohm & Voss den gleichen Antrag gestellt.

Neueste Nachrichten.

Keine deutsche Antwortnote auf die Kriegsgefangenennote des Entente.

II. Berlin, 4. Dezember. Auf die letzte Note der Entente beabsichtigt die deutsche Regierung, wie das „R. C.“ an zähmiger Stelle hört, nicht in Form einer Note zu antworten. Sie wird versuchen, in mündlichen Begegnungen zu einer Einigung mit der Entente zu kommen. Es sind zu diesem Zweck bereits ein Herr von Versner (Inspektionen) engagiert, und in Paris die Vorbereitungen bereits aufgenommen worden. Die Entsendung weiterer Unterhändler nach Paris dürfte in Kürze erfolgen. Herr von Simon wird vermutlich nicht nach Paris zurückkehren.

Clemenceau-Noten.

II. Hannover, 4. Dezember. Dem „Hann. Courier“ wird aus Basel gedreht: Die „Information“ meldet aus Paris: Es liegen bestimmte Anhaltspunkte dafür vor, daß die Amerikaner mit der Abfassung der Noten der Entente an Deutschland durch Clemenceau nicht einverstanden sind. Sie haben keinerlei Einfluss auf ihren Posten.

Die Verhandlungen im Bitterfelder Streit beendet.

II. Bitterfeld, 4. Dezember. Die Verhandlungen der Kommission im Streit sind abgeschlossen. Es wurde ein acht Punkte umfassendes Protokoll aufgestellt, dem die Betriebsseite bereits zugestimmt haben. 3 bis 4 Arbeitsschichten der Anilinfabrik werden demnächst nicht wieder eingestellt. Die Entlastung weiterer Betrieb des Anilinfabrik durch den Schließungsausschlag. Der für Bitterfeld gezahlte Lohn ist wieder zurückzuzahlen. Die Streitäge werden nicht bezahlt. Maßregelungen finden nicht statt.

Die kommunistische Zentrale festgenommen.

II. Berlin, 4. Dezember. Blättermeldungen zufolge ist der gesamte Volksausschuss der kommunistischen Arbeiterpartei verhaftet worden.

Abruch des italienischen Generalstreiks.

II. Rom, 4. Dezember. Nach der „Agencia Stefani“ erklärte Mittwoch der Abg. Treves (Soz.) bei Befreiung der Zwischenräume der letzten Tage in der Kammer, daß der Arbeitskampf, die sozialistische Fraktion und der Parteivorstand beschlossen hätten, den Generalstreik Mittwoch am Mittwochabend abzubrechen.

Konferenz der Alliierten wegen Rußland.

II. Russland, 4. Dezember. Vom „Evening Standard“ verlangt die britische Regierung eine Konferenz der Bündesgenossen in London, um über die Politik gegenüber Rußland eine Entscheidung zu treffen. Bis jetzt haben aber noch nicht alle Bündesgenossen geantwortet.

Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 13.

Das modernste Lichtspiel-Theater Lübecks.

Heute letzter Tag!

Der größte Film der Gegenwart!

Die siebente Großmacht.

Drama in 7 Akten.

Ausserdem:

Die Lieblingsflamme des Maharadscha

Lustspiel in 2 Akten.

10894

Der letzte Liebesdienst

Drama in 3 Akten.

Nachm.-Vorstellung | Abend-Vorstellung
von 4—7 Uhr. von 7—10 Uhr.

Keine erhöhte Preise!

Mit verstärktem Orchester.

Keine erhöhte Preise!

Konzerthaus Lübeck

Morgen Freitag:

Großer Eröffnungs-Ball

Musik: Künstlerkapelle Sulanke.

Für gute Bewirtung ist gesorgt.

Öffnung 6½ Uhr.

Beginn 7 Uhr.

Hierzu laden freundlichst ein

Frau Ida Egg Wv.

10897

Neu-Eröffnung!

Habe Aegidienstr. 8 eine

4. Schuhreparatur-Werkstatt

und Maschschuhmacherei

eröffnet. Ich werde auch dort bestrebt sein, jede Reparatur schnell, sauber und preiswert zu erledigen und bitte um gütigen Zuspruch.

Carl Buchholtz

Neu! Aegidienstraße 8 Neu!

Schulauer Allee 4, Südfriedhof 7,

Große Burgstraße 38.

(10872)

1 Tag zahl ich für

Alte Gebisse

die enormen Berliner Preise!

Gold-, Platin-Zahn nicht unter Mark 5.50.

Platin-, Stift- und Plattenzähne (10855) bis Mk. 100.— (Nach Gewicht).

Platin-Gramm mi. 100 (Nicht bis)

Auktion am Sonnabend, 6. Dez., von 5—8 Uhr in Sporthaus Hotel, Braustraße 27, Zimm. 1.

Süsska-Essig

der vergleichsweise Geschmack dem damit gefügten Almond und zuckerzetereten Rosen-Beton entspricht. (10876)

Süsska-Essig

zuckerzeteret die Säfte nicht bitter schmecken, ja auch nicht zucker-Geschmack zu haben.

Verkäufer: Ludwig Wiegels, Lübeck.

Alle Arbeiter

taufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (10855)

Otto Albers

Markt 4 Kohlstr. 10

Mgl. d. R-Sparta Lübeck

Hasenfelle

Kanin-, Reh- u. Hirschfelle, sowie alle Sorten Wildfelle,

Pferde- u. Kuhhaare kaufen Sie zu den höchsten Lagesbezügen

D. Wagner

Poststr. 8. (10854)

Unterhaltungs- u. Ballabend

der Gazett-Zischen der Reichsfrankenauftakt unter äußerer Mitwirkung der Militärkapelle am Freitag, dem 5. Dezember 1919

im Kolosseum.

Anfang 6 Uhr. Ende ??

10871) Der Vergnügungsausschiff.

Überdrugs dient z. Weihnachtsfeier d. Kranichen.

Am Freitag, den 5. Dezember 1919:

am Sonntag, d. 7. Dezember 1919:

im Gewerkschaftshaus.

Wegen sehr wichtiger

Tagesordnung allzeitige

Ereignisse dringend notwendig. Der Vorstand.

Die Ausgabe der Karten für Mitglieder und

Vertrauensleute erfolgt am Donnerstag, dem 4.

Dezember, abends von 6—8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Der Einzelverkauf ab Freitag in der

Expedition des „Lübecker Volksboten“ und im

Gewerkschaftshaus.

Beliebte Weihnachts-Geschenke

Blumenkrippen + Ziertsche

Sauerntische + Rauchtische

Postamente + Hausapotheke

Noteständen + Klavierstühle

Flurgarderoben + Korbstühle

u.fw.

Rudolph Karstadt Lübeck

Ortsgruppe Lübeck der Ge-

selligkeit f. Soziale Reform.

(10856)

öffentl. Versammlung

auf Freitag,

bem. 5. Dezember 1919,

abends 8 Uhr

im Restaurant „Hohenzollern“

Gügstraße 17.

Vortrag des Herrn Director

Dr. Hartwig über:

Die Sozialpolitik im neuen

deutlichen Volksstaat.

Freie Aussprache.

Hansa-Halle.

Mittwoch Donnerstag : 10808

Gr. Tanzkränzchen

Hansa-Theater

Donnerstag, 7 Uhr:

Das (10873)

Dreimäderhaus

Singspiel v. Fr. Schubert.

Freitag: Gaspiel

Hans. Bechmann.

Eine Ballnacht.

Operette von Strauss.

Sonnab.: Neu einstudiert:

Die Gzardasfürstin.

Stadttheater Lübeck

(10901)

Donnerstag, den 4. Dezbr.

Schauspielgemeinde.

Gehe Karten.

Anfang 7 Uhr:

Der Diamant.

Komödie in 5 Akten

von Friedrich Hebbel.

Zu dieser Vorstellung sind

Eintrittskarten an der Kasse

zu haben.

Freitag, den 5. Dezember:

11. Vorspiel im Freitag-

Abonnement.

Kain.

Feuersnot.

Sonnabend, den 6. Dezbr.:

Der Vogelhändler.

Sonntag, den 7. Dezember:

Anfang 3 Uhr:

Veranstaltung für den

Arbeiterbildungverein.

Kameraden.

Anfang 7 Uhr:

Lohengrin.

Fiedermaus

Direktion: H. Todt.

Fünfhausen 17/19.

Neu! Kabarett-Diele. Neu!

Grosses Dezember-Eröffnungs-Programm

Täglich abends 8 Uhr.

Werner Alberti,

Kammersänger.

Fränsi Sylva,

Opern-Duelle.

Kaethe Schwebe,

Solo-Spitzenänerin.

Hans Lützow,

Ballettmeister u. Solo-

tänzer v. d. Staatsoper

Berlin.

Gebr. Pentsch,

Excentric-Tänzer.

Rolf Hegewald,

Humorist und Ansager.

Ball und Orchester:

Kapellmeister Hans Elvers.

Täglich nachm. 4-Uhr-Tee:

Auftreten sämtl. Künstler.

Arbeiter-Bildungsverein.

Vorstellung im Stadttheater

am Sonntag, d. 7. Dezember 1919:

Kameraden.

Komödie in 4 Akten von A. Strindberg.

Die Ausgabe der Karten für Mitglieder und

Vertrauensleute erfolgt am Donnerstag, dem 4.

Dezember, abends von 6—8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Der Einzelverkauf ab Freitag in der

Expedition des „Lübecker Volksboten“ und im

Gewerkschaftshaus.

10871) Der Vorstand.

Neu-Lauerhof

Morgen Freitag:

10855

Großes Tanzkränzchen.

Großes Orchester.

Harmoniaclub.

Waisenhof Tanz.

Morgen Freitag und Sonntag:

10856

Deutsch. Metallarbeiterverband

Großer

Keine beabsichtigte Parteischädigung?

Die „Soz. Korr.“ schreibt:

Die Enthüllungen im Fall Ellarz haben deswegen so großes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt, weil die Angriffe am Anfang an viel weniger gegen die Person des Herrn Ellarz als gegen die führenden Parteigenossen gerichtet wurden, die man der Parteischädigung usw. beschuldigte. Jedoch hat den Enthüllern nicht nur daran gelegen, unsaubere Geschäfte des Herren Ellarz aufzudecken, sondern aus der Sache einen großen politischen Stoff zu machen, der sich gegen die Mehrheitssozialdemokratie richtet. Bei dieser Sachlage hat es allerdings Aufsehen erregt, dass hinter den Kulissen der geschäftstüchtigsten und betriebsamsten Enthüller der Mehrheitssozialdemokrat Albert Baumeister steht. Er gibt jetzt sogar eine besondere Korrespondenz für den Fall heraus, in der er seine Angriffe auch auf den „Vorwärts“ ausdehnt, da dieser nicht so ohne weiteres an eine Korruption alter und bewährter Parteigenossen auf Grund von Zeugnissen vor Sonnenfeld und Konsorten glauben will. Baumeister behauptet festlich, dass ihm jede parteischädigende Absicht ferngelegen habe. An der Spitze seiner Korrespondenz bringt er eine Erklärung, die folgendermaßen lautet:

„Seit fast einer Woche beschäftigt sich die große Presse mit dem Fall Ellarz, Parvus. Beide Personen gehören einer sozialdemokratischen Organisation hier nicht an. Da aber durch die Aufstellung ihrer Verhältnisse auch namhafte Gruppen meiner Partei in die Debatte gezogen werden müssen, habe ich persönlich seit vielen Monaten versucht, auf dem in unserer Partei üblichen Wege eine Klärung herbeizuführen. Das ist unbedingt erforderlich.“

Unbegreiflicherweise? Gerade Baumeister müsste doch als erster begreifen, warum seine angeblichen „Bemühungen“ vergeblich bleiben mussten. Er hat allerdings nach seinem Abzug aus dem Ellarz-Parvuschen Verlag für Sozialwissenschaft allerhand getuschelt und durch dritte Personen verbreiten lassen. Das hat dann auch mit im September zur Einsetzung einer Untersuchungskommission geführt. Als ein Hauptjunge war vor diese Kommission Baumeister geladen. Pflichtloses Kranksein, von dem weder am Tage vorher noch nacherst etwas zu bemerken war, bildete sein Entschuldigungsgrund. Natürlich war es eine Schillerrede, Leuten gegenüber, die Baumeister auf den Kopf anzögten, dass sie an diese Erkrankung nicht glaubten, hat er offen zugegeben, nicht frontal gewesen zu sein. Als wahren Grund seines Ausbleibens gab er nunmehr an, dass er zu jener Zeit Ellarz eine große Summe wärtiges schuldig gewesen sei, wodurch dieser in der Lage gewesen wäre, am nächsten Tage seinen Baumeisters, neu gegründeten Verlag fortzumachen.

Diese Behauptungen legen neue Fragen nahe: Wie kommt Baumeister dem Ellarz-Geld schuldig sein? Man lebt sich doch nicht Geld von einem Mann, den man selber für einen großen Lumpen hält und demnächst als solchen öffentlich entlarven will? Dazu unter Bedingungen, dass man völlig in der Hand dieses Mannes ist. Es ist auch nicht wahrscheinlich, dass Ellarz dem Baumeister-Geld gleichen hätte, wo dieser einen Konkurrenzverlag gegen das Ellarz-Parvusche Unternehmen ins Leben rief. Vorher war Baumeister Geschäftsführer des Verlages für Sozialwissenschaft gegen festes Gehalt. Aus diesem Verhältnis konnte unter normalen Umständen nur Ellarz dem Baumeister Geld schulden, nicht umgekehrt. Das Rätsel, warum Baumeister dem Ellarz-Geld schuldet und gar unter Bedingungen, dass Ellarz jederzeit die Existenz Baumeisters vernichten könnte, wird wohl nur durch einen der Beteiligten aufzulösen sein. Jedermann sieht fest, dass Baumeister entgegen seiner Behauptung nicht versucht hat, die Auflösung innerhalb der Partei herbeizuführen, sondern dass er sie im Gegenteil aus persönlichen Beweggründen, d.h. Charakter dargestellt habe, verhindert hat. Denn selbstverständlich musste das Ausbleiben Baumeisters den Teilnehmern der Konferenz alljährlich zu denken geben. Damals war es Baumeisters Pflicht, rücksichtslos zu reden. Stattdessen hat er schwiegen und statt jeglicher Rechtfertigung ausgesetzt. Damit steht der parteischädigende Charakter seiner Handlungswise unbestreitbar fest.

Ingénieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegele.

„Du Fortsetzung.“
(Nachdruck verboten.)
„Bist du nun zufrieden, Kindel?“
Anna nickte schwach und ließ den Spiegel aus der Hand sinken. Die Mutter ließ die Stores wieder herunter und schrie ins Bett.
„Da du nun so weit bist, Anna, muss ich was mit dir befreien. Die Sache drängt. Dein Mann...“

„Sei still! Sei still!“
„Aber Anna, die Sache muss doch mal...“

„Du sollst still sein!“

Auf der Stirn der Kranken zuckte es wie von innenliegenden Qualen. Frau Regierungsrat seufzte und verschob die Bequemlichkeit auf später, bis Anna von ihrer Nervosität fürchtet sein würde.

Aber diese Neurose schien die einzige ablehnende Folge der erlittenen Misshandlungen zu sein, die dauernd zurückblieb. Auch in den nächsten Wochen war Anna von einer krankhaften Empfindlichkeit. Das leiseste Geräusch machte sie zusammenzucken. In ihrem Zimmer muhte die Uhr abgestellt werden, weil der Pendelschlag sie störte. Sie war launisch und übertrieben empfindlich wie ein nervöses Kind. Ganz gründlos, wegen irgend eines Wortes, das ihr nicht gefiel, bekam sie Weintränen. Alice, die sich nichts gefallen ließ und ihr einmal scharfe Antworten gab, wurde sich acht Tage lang überhaupt nicht sehen lassen.

Anfang Mai kam Frau Horstmann zum erstenmal wieder in den Garten hinaus. Die Luft war weich wie die aufgetauten Gedanken, durchdruselt von leisen Wohlgerüchen, durchschwirrte vom Kreischen der Stare, die in den Obstbäumen die Blüten herunterhingen ließen.

Anna lag lang ausgebreitet in einem Korbstuhl, den Kopf mit den herabhängenden Flechten auf ein graueldenes Kissen gelehnt, über den Füßen eine türkische Leder. Die leichten Schatten um ihre Augen, die überzarten Farben ihrer Wangen, die eindrückliche Blöße ihrer Hände, an deren Fingern die Ringe so leise verschoben, deuteten noch die überstandene Krankheit an. Ihre Freiheit hatte wieder den heiteren, leichtsinnigen Ausdruck von früher. Sie grub die Hände in die seidenweichen Spitzen des Schlafrohs und ließ in angenehmer Selbstbewunderung ihre Lippe an sich heruntergleiten. Ihre Gedanken beschäftigten sich mit der Zukunft. In spielender Unzulänglichkeit reihten sich überzeugende Vorstellungen aneinander. Bald wünschte sie an das erste Fest, das sie in ihren wiedereröffneten Gesellschaftskreisen geben würde, bald an ihre Tochter, die ihre erste Aus-

Sonderlehrgang für Arbeiterinnen zur Ausbildung für die Wohlfahrtspflege.

Auf Anregung der organisierten Arbeiterinnen veranstaltet die Soziale Frauenakademie, Berlin W. 30, Barbarossastrasse, unter Mitwirkung der Reichs- und Staatsbehörden sowie der deutschen Gewerkschaften vom 1. Januar 1920 an einen Halbjahressturz zur Ausbildung von Arbeiterinnen, die geeignet erscheinen, in den sozialen Beruf einzusteigen. Es soll darin ein praktischer Versuch gemacht werden, schon eher durch die Einheitsschule den Mädchen aus dem Volk ein geordneter Weg zum Eintritt in höhere Berufe geschaffen ist, einzelnen besonders begehrten Arbeitsberufen einen Aufstieg zu ermöglichen. Obwohl sich im allgemeinen der Ausbildungsgang für die sozialen Berufe aus abschlossendem Gymnasialbuch aufhält und eine mehrjährige Ausbildung erfordert, soll auf Wunsch aus Arbeiterkreisen ein außergewöhnlicher einmaliger Lehrgang von kurzer Dauer Arbeiterinnen für Berufsbildung in der Wohlfahrtspflege vorbereiten. Es besteht die Hoffnung, die Teilnehmerinnen in dieser Zeit soviel zu fördern, dass sie nach Schluss des Lehrganges in die soziale Berufssarbeit auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt und der Kinderheilensfürsorge, wenn auch anfangs in Gehilfinnenstellungen, eintreten können.

Die Reichsregierung ist bemüht, gleichzeitig an mehreren Stellen des Reiches derartige Lehrgänge anzutragen. Die Auswahl der Schülerinnen wird in erster Linie durch die drei Gewerkschaftsgruppen erfolgen. Doch können sich auch Arbeiterinnen unmittelbar um Aufnahme in den Lehrgang bewerben.

Zugelassen werden Mädchen und Frauen vom 22. bis 40. Lebensjahre, die dem Arbeiterstand angehören und ihre Schulbildung in der Volksschule erhalten haben.

Da damit zu rechnen ist, dass sich Arbeiterinnen für solche Lehrgänge nur freimachen können, wenn ihnen für diese Zeit eine Leihfalle zum Unterhalt gegeben wird, so ist durch die Reichs- und Staatsbehörden und die Gewerkschaften für diesen Zweck eine Summe ausgeworfen worden. Es werden Beiträge für auswärtsgehende Schülerinnen 300 M., monatlich sowie das Reisegeld hin und zurück, für Groß-Berlin 15. Schülerinnen monatlich 200 M. gewährt. Bewerberinnen müssen einen Lebensplan mit genauen Angaben über ihre bisherige Berufssarbeit einsenden und begegnen, weshalb sie den Übergang in die soziale Berufssarbeit vollziehen wollen und wodurch sie glauben, ihre Eignung nachzuweisen zu können. Die Aufnahmeregeln sind an die jeweilige Gewerkschaft zu richten oder an die Leitung des Sonderlehrganges für Arbeiterinnen, W. 30, Barbarossastrasse 60. Da nur eine beschränkte Anzahl von Plätzen zu vergeben ist, können nur die geeigneten Bewerberinnen zugelassen werden. Der Unterricht umfasst theoretische Unterweisung und Anleitung in der praktischen sozialen Arbeit.

Die Leitung des Lehrganges liegt in den Händen eines Ausschusses, dem folgende Personen angehören: Unterstaatssekretär für Schulz (Reichsministerium des Innern), Dr. D. Sichfeld (Reichsarbeitsministerium), Dr. Helene Weber (Pr. Ministerium für Betriebswohlfahrt), Frau Marie Knappe (Sozialdemokratische Wohlfahrtspflege), Dr. Alice Solomon (Soziale Frauenakademie) und je ein Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Kirch-Denkmalen Gewerksvereine und der Christlichen Gewerkschaften.

Prospekte mit näheren Angaben sind durch die Leitung des Sonderlehrganges, W. 30, Barbarossastrasse 60, zu beziehen.

Fernsprechverkehr Berlin-Stockholm.

Das neue Telefonkabel unter der Ostsee.

Von Arthur Fürt.

Der trotz allem nicht schlummernden Energie der deutschen Technik ist mit der Schaffung einer unmittelbaren Fernsprechverbindung zwischen Berlin und Stockholm zweifel ein höchstes neues Werk gelungen. Die Leistung erscheint zunächst nicht sonderlich groß, da wir ja schon vor dem Krieg in der Lage waren, uns mit Paris unmittelbar zu unterhalten. Die französische

fahrt, an das Gesicht, das Frau Oswald beim Wiedersehen machen würde. Alles, was sie bisher gezaubert hatte; war — in diesem Augenblick wenigstens — von dem lichtvollen Glanz des Frühlingshimmels aufgezogen und verloren.

Reben ihr saß Frau Düsbach, die mürrisch nach der Klemme sah, wo der neue Kuhdier die von Lehmwitz ausgeübter Holzstern Rappen striegelte. Auf dem Hose flopfen zwei Dienstmädchen Teppiche aus und häkeln mit den Aufzetteln, die in den hohen Gerüsten an der Rückwand des Hauses hingen. Nachdem die Alte sich überzeugt hatte, dass die Leute ihre Worte unmöglich verstehen könnten, drehte sie sich nach ihrer Tochter um und sagte ohne Umschweife:

„Dein Mann muss entmündigt werden, Anna, es ist hohe Zeit.“

„Willst du mich schon wieder quälen?“

„Ich kann! Endlich muss das mal erörtert werden. Du musst vor Gericht beantragen, dass dein Mann wegen unrechtmäßiger Geiselnahme einen Vormund bekommt. Er hat das Haus verkauft, und der Agent besticht auf seinem Schein. Wir können den Menschen nur losmachen, wenn nachgewiesen wird, dass dein Mann zur Zeit, wo er diesen unstrittigen Vertrag abschloss, geisteskrank war. Dann werden wir den Prozess zweifellos gewinnen. Sonst aber hat dich der Agent einfach in der Hand.“

„Gut! Ich will das beantragen. Aber wer soll Vormund werden?“

„Ich kann! Mit dem verstehst du dich. Außerdem ist ein früherer Offizier immer gern gesehen.“

Anna willigte ein. Sie hoffte, die Angelegenheit sei damit erledigt. Aber ihre Mutter fing nach einer Weile wieder an.

„Wenn Horstmann unter Kuratel gestellt ist, werden all unsere schönen Papiere in Mündelpapiere verwandelt, die drei, dreieinhalb Prozenten geben. Von den Zinsen musst du auch noch deinen Mann erhalten, sonst Wärter, Arzt, allem, was drum und dran hängt. Was darf dann bleibt, reicht ja für ein nettes Leben aus. Aber so wie du's vorhast.“

„Was sollen wir tun, Mama? Gegen das Oberfinanzgerichtsgericht sind wir doch machtlos.“

„Du musst ein Witschen vernünftig sein, Kindchen, vor allem Vertrauen zu deiner Mutter haben. Denk du gibst doch zu, wenn ich nicht gekommen wäre, so wäre dein Mann noch immer da.“

„Dann doch nicht wieder von ihm an!“ unterbrach sie Anna nervös.

„Ich wollte das nur erwähnen. Damals habe ich das Richtige vorausgesehen, jetzt zeige ich dir auch den einzigen richtigen Weg. Ich habe schon mit Karl gesprochen. Er ist zur Übernahme der Vormundschaft bereit. Er hat sich bei mir nach euren Vermögen erkundigt. Ich habe mich in der Zwischenzeit ein bi-

Hauptstadt ist weiter von uns entfernt als die schroffe. Der Deutschland und Frankreich haben eine gemeinschaftliche Landgrenze, während zwischen uns und Schweden die See sich erstreckt. Das ist von grundlegender Wichtigkeit.

Schon als Werner Siemens die ersten unterirdischen Leitungen anlegte, fand er eine Eigentümlichkeit dieser Drähte fest: sie liegen nicht über weniger feuchtem Erdreich oder im Wasser liegen, wie Leipziger Drähte. Vor ein Strom durch sie hindurch läuft, muss er die Flasche ausladen und hierdurch entstehen Behinderungen der Strömung, die das Telefonkabel recht art erschwert. Das ist der Grund, warum die Leitung des Telephones recht art erschwert, wenn keine besonderen Vorrichtungen getroffen sind, unmöglich machen. Es werden nämlich durch die Oberläufe sehr stark verzerrt, die Rückkopplungen sind, und wenn das Kabel eine einigermaßen beträchtliche Länge hat, bleibt am Sammelpunkt die Schallplatte des Telefons überhaupt unbewegt.

Der Wunsch, auch über unterirdisch und namentlich unterirdisch verlegte Drähte telefonieren zu können, war jedoch so lebhaft, dass die Technik nicht ruhte, bis auch er erfüllt war. Man fand ein Heilmittel gegenüber der Ladungsfähigkeit der Kapazität, wie man fachlich sagen pflegt, das den unbedeutenden Heilmethode durch klug vermehrte und genau abgestimmte Kapazitäten nicht unähnlich ist. Soulen mit diesen Windungen, welche in die Leitung gehület werden, sind ein Feind der Sprechströme, da ihre Selbstinduktion den Schwingungen entgegenwirkt. Die Selbstinduktion ist andererseits aber auch eine Bedürfnis der Kapazität. Während diese den Strom verzögert, wird er durch die Selbstinduktion beschleunigt. Diese stellt also ein Gegengestalt dar, mit dem man die Krankheit, Kapazität, zu heilen vermag. Man muss nur wissen, wieviel Kapazität Selbstinduktion man dem kapazitätsreichen Fernsprechkabel einslösen darf und in welchen Abständen dies geschehen muss.

Der englische Physiker Syvanus Thompson hatte den Gedanken bereits ausgesprochen, dass lange Fernsprechkabel, um brauchbar zu sein, mit Selbstinduktion versehen sein müssen. Zu einer wortlichen Verwirklichung dieses Gedankens kam es aber erst, nachdem Papin die richtige wissenschaftliche Nachwuchsmethode gefunden hatte. Papin, ein geborener Ungar, der längere Zeit Vorlesungen in Berlin bei Helmholz gehört hatte, ist jetzt Professor an der Columbia-Universität in New York. Er hat der Fernsprechtechnik den Weg durchs Unterirdische erschlossen.

Nachdem zuerst in Amerika Papin-Kabel verlegt worden waren, bezog bald nach Beginn dieses Jahrhunderts die Firma Siemens & Halske in Gemeinschaft mit der Reichstelegraphen-Beratung in Deutschland sich mit dem Gegenstand zu beschäftigen. Papin hat selbst zugestanden, dass die Firma durch langjährige wissenschaftliche Untersuchungen grundlegend Wichtiges für die Entwicklung seines Gedankens getan hat.

Durch die Einführung von Papin-Spulen in Fernsprechkabelleitungen wird deren Reichweite bis zum fünfzehn verlängert und die Sprechzeit gleichzeitig verbessert. Ein Papin-Kabel enthält keinerlei neuartige Ventile. Der großartige technische Fortschritt wird nur durch die richtige Verteilung an sich einfacher Spulen erreicht. Die „Entdeckung“ beschränkt sich auf eine neuartige mathematische Bestimmung. Gerade dieser Umstand aber macht sie besonders bewundernswert.

Das erste deutsche Papin-Kabel wurde im Auftrag der militärischen Postverwaltung durch die Firma Siemens & Halske von Friedrichshafen nach Romanshorn durch den Bodensee verlegt. Es hat eine Länge von 12 Kilometern. Die Herstellung des Unternehmens bot ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten. Denn während man bei Landstellen die Papin-Spulen in Häufen bequem neben dem Kabel ausspannen kann, ist ein so einfaches Verfahren im Wasser nicht möglich. Die Spulen müssen vielmehr in den Kabelkörper selbst eingebettet werden. Sie werden ringförmig um die Kabelleiste herumgelegt, bilden also Verdickungen des Kabelstrangs. Die Herstellung und Verlegung eines so verschiedenen Stücks zusammengefügter Kabels stellt die größten Anforderungen an das technische Geschick. Der Sprung von zwölf Kilometern Länge eines unterirdischen Fernsprechkabels ist sehr groß. Doch das Werk gelang. Ist nur der vorangegangenen durchdringenden theoretischen Arbeit und den auszeichneten Hilfsmitteln zu danken, welche die deutsche Technik sowohl vor wie nach dem Zusammenbruch anzuwenden pflegt.

Aus dem Parteileben.

Positive Arbeit für den Sozialismus. Auf einen Aufruf, der von Professor Ballob, Edward Bernstein, Dr. Alfons Goldschmidt, Herbert Löwing, Artur Saeterus und Hugo Simon unterschrieben ist.

„Werum nicht?“ fragte Anna erstaunt. „Erstens hat dein Mann sie ja nie erwähnt, und dann... es ist ja auch wohl nur eine Kleinigkeit.“

Anna sah ihre Mutter erstaunt an. „Eine nette Kleinigkeit vor zweihunderttausend Gulden.“

„Sieht du Kind, diese Summe gibt du vor Gericht nicht an. Du weißt nichts davon. Sie ist einfach nicht da. Dann steht sie deiner Privatverfügung, und du hast immer einen Röpfen für den Fall, dass die Zinsen nicht reichen.“

„Aber das ist doch Betrug!“

„Betrug!“ Was heißt denn das? Du kannst doch wohl mit deinem Geld machen, was du willst!“

„Und wenn die Leute nun in den Geschäftsbüchern nachsehen?“

„Man wird wohl nicht von einem Betrüger erwarten, dass er Buch führt! Ich trage die Bücher einfach auf den Boden, bevor sie sie lange suchen.“

„Und wenn Güter wiederkommen?“

„Wie sollte der wiederkommen? Der sitzt im Narrenhaus, weil er verrückt ist, und kommt nicht heraus.“

Ein schlimmes Vöchlein hatte sich um Annas Lippen gegraben, und während sie starb in die Lust sah, erwiderte sie:

„Erstens ist er nicht verrückt, und zweitens kommt er sicher eines Tages wieder.“

„Was sagst du? Willst du gescheiter sein als mir alle, als die Verzweigungen, als Mernes, der ihn durch und durch kennt? Hast du vergessen, was er für Sachen angestellt hat? Das solltest du doch am besten wissen.“

Anna hatte jedes Wort mit eigenständigem Kopfschütteln begleitet.

„Das sind Flausen, Mama. Nach das andern weis, aber nicht mir! Ich weiß ganz genau, wies mit ihm steht. Er ist brutal, er töte im Jähzorn einen Menschen ermorden. Er hat mich so behandelt, aber... ich habe ihn gereizt bis ans Blut. Ich habe ihm in meiner Wut ein Wort an den Kopf geworfen, bei dem wohl jeder Mann den Verstand verlieren möchte. Wenn du nur sagst, dass er verrückt ist, das ist nicht wahr. Er weiß eben genau, was los ist, wie ich und du. Und schließlich werden das die Verzweigungen auch merken und ihn zurückholen. Einiges Tages ist er wieder da. Und was dann? Was dann?“

Fortsetzung folgt.

setzt vor, hat sich kürzlich in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Nationalökonomie gebildet. Nicht als Vertretung von Berufs- und Standesinteressen, sondern zur wissenschaftlichen Erforschung der Mittel für die Überführung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft, insbesondere der Sozialisten und des Kätegekanza. Diese Probleme sollen in lebendigem Zusammenwirken mit den sozialistischen Berufsgesellschaften, Räten, Gewerkschaften und Genossenschaften ihrer praktischen Lösung entgegengeführt werden. Auch innerhalb der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Nationalökonomie arbeiten Praktiker und Theoretiker der Volkswirtschaft zusammen.

Bei bekannten Genossen und Genossinnen aller sozialistischen Richtungen haben sich ihr ferner angeschlossen: Julian Borchardt, Karl Klingschöfer, Kronold, Benno Marx, Karl Müller-Ostreich, Theodor Schröder, Sträßel und Walther Zeppler. Meldungen zur Mitarbeit werden erbeten an den Geschäftsführer Herbert Löwing, Berlin-Steglitz, Feldstr. 16.

Arbeiterbewegung.

Holzarbeiterstreik in Stuttgart. In Stuttgart sind die Holzarbeiter in den Ausstand getreten. Der Grund sind Lohndifferenzen. Es werden Verhandlungen geführt, durch die es wahrscheinlich zu einer Einigung in kürzester Zeit kommen wird.

Reich und Ausland.

Mit 240 000 Mark durchgebrannt. Der Postamtsvorsteher Wiedenhoff, Kirchmeister der evangelischen Gemeinde Essen-Mitteischied, unterliegt deren Gesamtvermögen von 240 000 Mark und flüchtete.

Menschenleid im Koschtoj. Vor einigen Tagen ist in Wien ein achtjähriges Mädchen aus der elterlichen Wohnung verschwunden und vermutlich einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Nun erfuhr bei der Polizei der Kanalräumer Dhaladino und gab an, daß er von seinem Kollegen Maischel Fleisch erhalten habe, welches ihm bedenklich vorkomme. Eine Wäscherin Steiner, welche

mit Maischel zusammenhauste, hatte Maischel und Dhaladino von diesem Fleisch, das sie für junges Schweinefleisch hält, eine Maschine bereit. Die Frau des Dhaladino schrieb Verdacht und erhielt Anzeige. Es wurden daraufhin bei den beiden Kanalräumern Lippenstücke gefunden. Der Gerichtsarzt, Professor Haleda, stellte fest, daß es sich um Menschenleib handele. Es liegt der Verdacht nahe, daß das Kind das Opfer eines Lustmord wurde, der die Leiche des Kindes zerstörte. Die beiden Kanalräumer wurden in Haft behalten, da ihre Aussagen einander widersprachen.

Typhusepidemie in der Ukraine. Das Blatt "Wpered" meldet, daß in der Ukraine eine schwere Typhusepidemie herrscht. Wie der Telegraphen-Union berichtet wird, sind in der Stadt Krasnogorsk täglich 500 Todesfälle zu verzeichnen. Der Epidemie sind u. a. auch der ukrainische Gesundheitsminister Odrino und der Vorsitzende des ukrainischen Roten Kreuzes, Wladko, erlegen.

Sprechsaal.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Eine hölzerne Geschichte. Erfahrung macht klug! Diesen schönen Satz mußte ich wieder einmal ausprobieren, als ich vor ein paar Tagen im Vertrauen auf den von der Holzausgabestelle unterhalb der Fleischhauerstraße ausgestellten Gutschein versuchte, die mir zustehenden zwei Zentner Brennholz zu empfangen. Am Ausstellungstage sowohl, als auch im Verlaufe einer darauf folgenden Woche war es mir nicht möglich, eine Gelegenheit zum Abholen zu erhalten, denn eine solche mußte ich ausnutzen, weil uns Angehörigen bekanntlich noch niemals, und heute ganz besonders nicht, solche Reichtümer blühen, als daß es uns möglich wäre 33% vom Werte eines Gutes für Anfuhr zu zahlen. An der Ausgabestelle wurde mir mehrmals erklärt, der Gutschein berechtige nur zum Empfang des Holzes am Ausstellungstage und wäre jetzt verfallen. Damit schien die Sache für die Angehörigen dort sehr einfach gelöst zu sein, denn von Zurückerstattung des Betrages war keinerlei Rede, noch Andeutung; ebenso verwies man mir zu-

nächst die Ausstellung eines neuen Gutscheines mit dem Tagessdatum. Nachdem ich wie ich veranlagt bin, überlegte ich: 15 Mark ist vor, dazu das nicht ausgegebene Holz im Werte von 15 Mt. macht ein Plus von 30 Mt. für die Ausgabestelle. Dies war doch wohl sicher nicht von derselben beabsichtigt, und ich mußte die Ausgabestelle daher durch erneuten Protest vor diesem nicht beabsichtigten Versehen bewahren. Der Erfolg war zunächst, daß man mir einen Zettler verabfolgen wollte. Worum denn nur einen Zettler, da ich doch für zwei gebucht hatte? Jeder wird zugeben, daß man auf einem Bein nicht stehen kann, und ich bestand daher auf Auslieferung auch des zweiten Zettlers oder Rückgabe von 7,50 Mt. Zuletzt endlich beruhigte man sich dazu, meine doch vollauf berechtigte Forderung zu erfüllen. Ich habe es lediglich meinem energetischen Auftreten zu verdanken, wenn ich nicht mit leeren Händen abzog und für meine geleistete Zahlung auch den Gegenwert erhielt und zwar "2 Zettler", nicht einen. Wie die Angehörigen bei dem Hin- und Herreden äußerten, wären solche Fälle schon einige Male vorgekommen.

Die Allgemeinheit darf daher ein berechtigtes Interesse an dieser Sache nehmen. Neugierig wie ich bin, erhebe ich jetzt die Fragen:

1. Wo und wann ist die Bestimmung veröffentlicht, daß die Gutscheine über Holz nur am Löschungstage gelten?

2. Wenn solche Bestimmungen bestehen, warum enthält der Gutschein dann keinen Vermerk über die Dauer der Gültigkeit, und warum werden solche kleine Existenz schwer betreffende Bestimmungen nicht an den Ausgabestellen angebracht?

3. Werden alle nachm. 4 Uhr beim Schluß der Ausgabestelle noch nicht Belieferungen noch abgesetzt oder sind deren Gültigkeit durch eine event. Nichtabfertigung vom folgenden Tage ab ungültig?

4. Bleibt nicht ein Gutschein ein Gutschein und dürfte ein Geschäftsmann es wagen, einen solchen nach gut einer Woche als ungültig zu erklären, wenn sich auf dem Scheine nicht ein Hinweis über die Gültigkeitsdauer befindet?

Manche andere, noch auflaurende Frage will ich in meinem Herzensdrain erwähnen; vielleicht daß ich noch Leidengeschosse habe, die auch neugierig sind.

J. B.

Verkaufszeit zum Weihnachtsfest.

Für Sonntag, den 21. Dezember ds. Js., ist in allen offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb und eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags geplant.

Zerner dürfen die offenen Verkaufsstellen am Montag, dem 22., und am Dienstag, dem 23. Dezember ds. Js. bis 7 Uhr abends für den Handelsverkehr geöffnet bleiben.

Lübeck, den 2. Dezember 1919. (10874)

Das Polizeiamt.

Fleischausgabe.

In der Woche vom 1. bis 7. Dezember 1919 werden auf die Reichsfleischkarte für ermäßigte Personen 150 Gramm frisches Fleisch und Frischwurst, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte, ausgetragen. Auf jede Fleischkarte muß Fleisch und Frischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entgegen dieser Zuteilung ist jede Fleischmarke, die den Ausdruck "1/10 Anteil" trägt, mit 15 Gramm für Fleisch oder 30 Gramm für Frischwurst zu bewerten.

Militärverwaltung, Besucher und zurückkehrende Kriegsgefangene erhalten ihre Fleischwurst bei dem Schlachtermeister H. Melnicks, Schüsselbuden Nr. 30.

Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zu liefernde frischfleisch ist nur bei dem Schlachtermeister August Hellmann, Johannistraße Nr. 17/19, zu entnehmen.

Lübeck, den 2. Dezember 1919. (10873)

Das Landesversorgungsamt.

Umstiftereuer.

Katharineum.

Anmeldungen für Ostern nimmt täglich von 12-1 Uhr entgegen. (10857)

Dr. Rosenthal, Direktor.

Oberrealschule zum Dom.

Anmeldungen vom 1.-20. Dezember von 11-12 Uhr vormittags, Dienstags und Freitags auch von 5-6 nachmittags. Musterhahn 4. Dir. Dr. Schwarz.

Altonaer Gymnasium.

Die im Vereide der Altonaer Büchsen und Güten-Gesellschaften in der Zeit vom 1. 7. bis 31. 10. 1919 gefundene Geprämie werden am 2. Februar 1920 von 9 Uhr vormittags bis versteigert, soweit sie bis dahin nicht gekaufteforderter worden sind. (SS 980/1 S.S.B.) (10904)

Die Gymnasialstube, Abteilung für Männer und Frauen. (10866)

Flüchtiger Stenotypist.

In sofortigem Maßstab gehabt. Bewerbungen mit Zeugnissen und Schreibproben erbeten von der Senatskanzlei.

Für erfahrene Stenotypisten entrichtet sofortige Vergütung gegen den Betrag von 1000 Mk. (10899)

Robert Ester, 1000 mk Frau Ester, 800 mk. Kaiserstr. 10, Lübeck. (10899)

Nach kurzer schwerer Krankheit entschloß heute sanft meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter Margarethe Klinkrad

geb. Schwarz im 65. Lebensjahr.

Liebesträumt und schmerzlich vermißt von d. hinterbliebenen Friedrich Klinkrad nebst Kindern und allen Angehörigen.

Lübeck, den 2. Dez. Kanalstr. 20. (10895)

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, d. 6. Dez., nachm. 1/4 Uhr, in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt.

Zu ver. 3-Zoll-Haus

kauf. ein Haus Nähe Lübeck. (10881)

Näheres Schützenstr. 91.

Zu verl. & Klappportr.,

Buppenst. u. Puppenbett.

Zu verl. nachm. (10890)

Wahmstr. 34. pt. L.

1 Unterstiefel zu verl. und

1 B. Stiefel Nr. 40 z. verl.

gegen 37. (10887)

Froh. Mittelstr. 5.

2 verl. Puppenstube,

Puppenstuhl, Puppenbett.

Freit. Speicher u. Kostwag.

Kinderstuhl u. Kinderhut.

(10878) Krenzweg 1, III, r.

Zu verl. 1 Paar Kinder-

stiefel für dreijähriges Kind,

ein Paar weiß wilderne

G-Handschuhe Alsheide 15.

Kinderstühlen, Puppen-

theater, Wandstiel zu ver-

kaufen. (10898)

Glandorffstr. 2

Freitag

nachmittag

von 2-4 Uhr

steht eine gr.

Partie Ferkel in Hart-

manns Gasthof in Kückritz

zu verkaufen. (10897)

Dir. Sommermantel, H.

Figur, zu verl.

(10879) Meierbrücke, bei Käselas.

Rim. 1 (Bahnhofsläserne).

1 B. n. Phil-Str. Gr. 28,

g. 26½-27 n. 1 B. gert.

D. Str. Gr. 37-38, zu röh.

z. n. 6 Uhr. (10883)

A. Wigger, Hansestr. 160 III.

1 B. H. H. Schnürstiefel,

Gr. 44 zu verkaufen. (10892)

Schützenstr. 58 II. L.

1 B. neue Knabenstiefel,

Gr. 35, zu verl. (10885)

Nobmannstr. 45 III. L.

Zu kaufen gel. gut eis.

Alloportivwagen zu Verl.

Gütenbau mit Schienen

Spülmaschine. Ang. n. J. F.

an d. Gr. d. 35. (10885)

Zündglocken gezeigt.

Offizi. unter F. W. an die

Gr. d. 35. (10881)

3. L. gel. ein gutes Re-

belschützen u. eine gute

Schnidersuppe. Ang. n. B.

U. H. a. d. Gr. (10884)

Strickarbeiten aller Art

werden angefertigt.

10802) Ritterstr. 12 a.

Zuckerwaren zum

Buntefrüchten

beides beliebte, 10880

frische Brote

Th. Häveker

Beim Metzger 7/11.

Kopfläuse

nebst Brut, Nestmaterial.

zu haben. Bei

H. Lübeck, 10885

oder

z. L.

Visitenkarten

hergestellt an

Friedr. Meyer & Co.

FROCHKÖNIG SPRICHT



Eine Probe

ist mehr wert als ein Vortrag.